

## DER ZWEITE EINSATZ

Die Opposition, die innerhalb der KP der Sowjetunion bankrott gemacht hat, versucht jetzt, auf der Plenartagung des EKKI das Verlorene wiederzugewinnen. Auf der 15. Parteikonferenz standen die Oppositionellen unter dem frischen Eindruck der vernichtenden Niederlage, die ihnen das kommunistische Proletariat der Sowjetunion bereitet hatte, und ließen darum Vorsicht walten. Jetzt, auf der Plenartagung des EKKI, sind sie mit dem Mut der Verzweiflung von Leuten, die nichts zu verlieren haben, in den Kampf gegen die KP der Sowjetunion und die Komintern gestürzt und haben eine fraktionelle Plattform aufgestellt, um die sich alle schwankenden Elemente aller KI-Sektionen zusammenschließen sollen.

Den Anfang machten die Genossen Sinowjew und Trotzki. Das Auftreten des Genossen Kamenew steht noch bevor.

Was ist nun das Wesen dieser von der Opposition aufgestellten Plattform? Die geschichtliche Begründung der Plattform lieferte Genosse Sinowjew, die ökonomische — Genosse Trotzki.

Genosse Sinowjew präsentierte dem Plenum einen ganzen Haufen von Zitaten aus Marx, Engels und Lenin, um zu beweisen, daß die Theorie von der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaues in einem einzelnen Lande eine Verletzung aller Traditionen des Marxismus und Leninismus, eine „Revision des Marxismus und Leninismus“ bedeute.

Alle diese Zitate können in zwei Kategorien eingeteilt werden. Einige von ihnen bringen, ohne eine Beziehung zu der strittigen Frage zu haben, Wahrheiten zum Ausdruck, die in der gegenwärtigen Epoche, in der heutigen geschichtlichen Situation voll und ganz in Kraft bleiben, von niemanden innerhalb der KP der Sowjetunion bestritten werden, und die man lediglich zu dem Zweck anführt, um die KP der Sowjetunion zu insinuieren, um bei den ausländischen Genossen den Verdacht wachzurufen, als werde von der Mehrheit der KP der Sowjetunion geleugnet, daß wir gegenwärtig die Epoche der internationalen Revolution durchmachen, daß die Oktoberrevolution nur ein Glied in der Kette dieser internationalen Revolution ist, daß der endgültige Triumph des Sozialismus nur nach dem Sieg der Revolution im internationalen Maßstabe möglich ist usw.

Der andere Teil der Zitate steht in direktem Zusammenhang mit der Frage nach dem Aufbau des Sozialismus in einem einzelnen Lande; aber diese Zitate, die zwar auch unzweifelhafte Wahrheiten und Hypothesen enthalten, beziehen sich auf geschichtliche Situationen, die von der Sowjetunion von heute prinzipiell verschieden sind und sich darum nicht auf sie anwenden lassen.

Genosse Sinowjew weiß, daß die Frage nach dem Aufbau des Sozialismus in einem Lande von Lenin 1915 aufgerollt wurde, daß Lenin diese Frage mit den Besonderheiten der imperialistischen Epoche verknüpfte, nämlich mit der zunehmenden Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung in dieser Epoche, mit der sich daraus ergebenden Zuspitzung der Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten, die unvermeidlich zu imperiali-

stischen Kriegen führt. Genosse Sinowjew weiß, daß Marx und Engels die Epoche des Imperialismus nicht erlebt haben, und daß sie darum die Frage nicht so stellen konnten, wie es Lenin getan hat. Aber Genosse Sinowjew muß seinen Unglauben an den Aufbau des Sozialismus in der USSR um jeden Preis durch Berufung auf die Autorität von Marx und Engels rechtfertigen. Um dieser schwierigen Aufgabe gerecht zu werden, verwischt er mit einem Federstrich die Grenze zwischen dem Imperialismus und dem Kapitalismus der vorimperialistischen Epoche. Gab es denn nicht — sagt Genosse Sinowjew — schon zur Zeit von Marx und Engels ein imperialistisches Großbritannien, das eine Monopolstellung in der Welt einnahm? Haben denn nicht Marx und Engels die Entstehung der Arbeiteraristokratie in England eben dadurch erklärt? Wahrhaftig, aus Verzweiflung vollbringt Genosse Sinowjew wahre Wunder an Kühnheit! Als ob das Vorhandensein eines imperialistischen Großbritanniens die Tatsache aus der Welt geschafft hätte, daß zur Zeit von Marx und Engels der Kapitalismus sich in aufsteigender Linie entwickelte, während er sich jetzt in einem Zustand der Zersetzung und des Zerfalls befindet. Der „kühne“ Genosse Sinowjew geht aber noch weiter. Er verwischt überhaupt alle geschichtlichen Grenzen, reißt die Äußerungen von Marx und Engels von jedem geschichtlichen Boden los, verwandelt sie in abstrakte, leblose, ewige Wahrheiten, die er mit dem Eifer eines Bibeldkundigen an der unrichtigen Stelle wiederholt. Engels schrieb 1847 in seinen „Grundsätzen des Kommunismus“, daß „die kommunistische Revolution . . . eine wenigstens in England, Amerika, Frankreich und Deutschland gleichzeitig vor sich gehende Revolution“ sein werde, und ohne zu zaudern wendet Genosse Sinowjew dieses Zitat auf die gegenwärtige Epoche an, wo noch weder in England noch in Deutschland und Frankreich, geschweige denn in Amerika, eine unmittelbar revolutionäre Situation gegeben ist, während in Rußland bereits seit neun Jahren die Sowjetmacht existiert! Marx schrieb 1849:

„Eine Umwälzung der nationalökonomischen Verhältnisse in jedem Lande des europäischen Kontinents, auf dem gesamten europäischen Kontinente, ohne England, ist der Sturm in einem Glase Wasser.“

Und ohne zu schwanken, wendet Genosse Sinowjew diese These auf die gegenwärtige Epoche an, wo England die ökonomische Welthegeemonie bereits eingebüßt, wo der Kapitalismus auf dem europäischen Festlande eine hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, wo sich Deutschland und Frankreich zu kapitalistischen Ländern ersten Ranges entwickelt haben, wo Rußland die Basis der Weltrevolution geworden ist. Marx schrieb 1858, daß auf dem europäischen Kontinent eine Revolution bevorsteht, die sofort einen sozialistischen Charakter annehmen werde, und stellte dabei folgende Frage:

„Wird sie in diesem kleinen Winkel nicht notwendig geerbt (erdrückt) werden, da auf viel größerem Terrain das movement (Bewegung) der bürgerlichen Gesellschaft noch ascendant (im Aufsteigen) ist?“

Und Genosse Sinowjew wendet ohne weiteres diese Charakteristik des europäischen Kontinents als „eines kleinen Winkels“ auf die heutige Epoche an! Auf dem europäischen Festland sind kolossale ökonomische Veränderungen vor sich gegangen, die Quantität ist in Qualität umgeschlagen, die Produktivkräfte sind in Widerspruch zu den Produktionsverhältnissen geraten, der europäische Kapitalismus befindet sich in einem Zustand des Verfalls, wie ein

Orkan ist der Weltkrieg über Europa hinweggerast, in Rußland ist die soziale Revolution ausgebrochen und hält sich bereits neun Jahre lang siegreich auf einem Sechstel des Erdballs. Genosse Sinowjew aber hat der Geschichte den Rücken zugewandt, fixiert mit seinem scharfen Blick die geschichtliche Konstellation der vierziger und fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts und sucht in der Konstellation jener Zeit eine Antwort auf die quälenden Fragen der Gegenwart. Was würde wohl Karl Marx dazu sagen, stiege er aus seinem Grabe? Er würde sagen: Nanu! Das ist doch ein alter Bekannter aus der deutschen „historischen Schule“, derselben Schule, der die Geschichte, wie der Gott Israels dem Moses, ihren Hintern zugewandt hat.

Wie mit Marx und Engels, so verfährt Genosse Sinowjew auch mit Lenin. Er ist mit dem Text der Leninschen Schriften sehr gut vertraut, dermaßen gut, daß er jederzeit, aus jedem Anlaß, ihn aus dem Gedächtnis zitieren kann. Er dürfte sicherlich sich auch daran erinnern, was Genosse Lenin in dem Vorwort zu seinem Sammelband „12 Jahre“ sagte. Er setzte in dem Vorwort auseinander, wie man den einen oder anderen Gedanken, den er aus einem bestimmten Anlaß in einer bestimmten Situation ausgesprochen hat, nicht auslegen und ausnützen soll, wie man ihn nicht auf eine neue, veränderte Situation beziehen darf:

„Der grundlegende Fehler — schrieb Lenin — der von Leuten begangen wird, die heute gegen meine Schrift ‚Was tun?‘ polemisieren, besteht darin, daß man dieses Werk aus einer bestimmten Situation, aus einer bestimmten und heute bereits längst vergangenen Periode in der Entwicklung unserer Partei herausreißt.“

Nichtsdestoweniger begeht Genosse Sinowjew ohne zu zaudern denselben „grundlegenden Fehler“.

Als Genosse Lenin 1915 die Frage nach dem Aufbau des Sozialismus in einem einzelnen Lande stellte, meinte er dabei, daß gerade Rußland während des Krieges die Revolution beginnen, und daß in der gegenwärtigen Konstellation die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland unmittelbar in die sozialistische übergehen muß. Diesen Kurs auf die revolutionäre Initiative Rußlands, ferner auf die Initiative Rußlands bei der Vollendung der sozialistischen Revolution und schließlich bei dem Aufbau des Sozialismus in Rußland, — diesen Kurs hielt Genosse Lenin bis an sein Lebensende ein. Genosse Stalin hat Zitate angeführt, die davon zeugen, daß Lenin wiederholt — 1915 sowohl wie 1919 und 1922 und 1923 — von dem Aufbau des Sozialismus in einem einzelnen Lande gesprochen und unter diesem Lande gerade Rußland gemeint hat. Sowohl auf der 15. Parteikonferenz als auch in der Plenarsitzung des EKKI hielt Genosse Sinowjew diesen Zitate andere entgegen, ohne sich darüber Rechenschaft abzulegen, aus welchem Anlaß und in welchem Sinne Lenin die betreffenden Äußerungen getan hat.

Der Umstand, daß der Kurs auf den Aufbau des Sozialismus in Rußland die Hauptlinie Lenins war, schloß keineswegs aus, daß er in diesem oder jenem kritischen Augenblick, wo die Sowjetmacht an einem Haare hing, gerade im Interesse der Revolution in Rußland die Aussicht auf baldige Hilfe seitens der Revolution im Westen in den Vordergrund rücken mußte. Namentlich in der Epoche des Kriegskommunismus und bald danach, als die revolutionären Wellen im Westen hoch schlugen, als andererseits in unserer Republik eine vollkommene ökonomische Zerrüttung herrschte, als

Rußland von der Feuersbrunst der Intervention umzingelt war, da sprach Lenin aus sehr wohl begreiflichen Gründen wiederholt davon, daß wir die Rettung unserer Revolution von dem baldigen Ausbruch der sozialen Revolution im Westen erwarten können, daß unsere Aufgabe die sei, irgendwie durchzuhalten, bis diese Hilfe eintritt. Bedeutete das, daß Genosse Lenin damit seine Meinung, in ökonomischer Hinsicht sei in Rußland der Sieg des Kommunismus über den Kapitalismus gesichert, preisgab? Durchaus nicht. Damit wollte Lenin nur sagen, daß unser verwüstetes Land außerstande sein wird, auf die Dauer der Intervention stand zu halten, falls keine Hilfe von der Revolution im Westen kommt. Nach den Tambower und Kronstadter Aufständen, zur Zeit der Hungersnot, hatten derartige Aeußerungen des Genossen Lenin auch noch den Sinn, daß ohne baldige Hilfe durch die europäische Revolution die Sowjetmacht durch die Bauernschaft umgeworfen werden könnte, insoweit wir noch auf ihren Kredit angewiesen waren und infolge unserer zerstörten Wirtschaft den Bauern noch keine ökonomische Hilfe leisten konnten. Unter diesen Umständen sprach Genosse Lenin davon, daß zur Rettung der Revolution eine rasche Hilfe aus dem Westen notwendig sei. Und diese Hilfe, wenn auch nicht als siegreiche sozialistische Revolution, ist doch gekommen — die Revolutionen in Deutschland, Oesterreich usw. haben Sowjetrußland geholfen, sich vor dem Untergang zu retten.

Sobald aber einerseits die revolutionäre Welle im Westen abzuebben begann und andererseits die ersten Anzeichen für ein Wiederaufleben unserer Industrie sichtbar wurden, begann Lenin immer stärker zu betonen, daß wir bei dem Aufbau des Sozialismus vor allem auf unsere eigenen Kräfte rechnen müssen und daß wir den Sozialismus zweifellos auch aufbauen werden, falls uns nicht neue Interventionen daran hindern. Als Lenin 1923 davon sprach, daß in der Sowjetrepublik alles für den Aufbau des Sozialismus Notwendige und Hinreichende vorhanden ist, machte unser Land noch die ersten schüchternen Schritte zur Wiederherstellung der Produktion. Seitdem sind 3 Jahre vergangen, die Industrie hat sich stürmisch entwickelt, die kapitalistischen Elemente der Wirtschaft sind durch die sozialistischen unentwegt zurückgedrängt worden. Die Tatsache des erfolgreichen sozialistischen Aufbaues sowie die Tatsache, daß dieser Aufbau zu einem mächtigen Hebel für die Revolutionierung der proletarischen Massen in den kapitalistischen Ländern, zu einem machtvollen Faktor der internationalen Revolution geworden ist, diese Tatsachen dürften jetzt auch von einem Blinden erfaßt werden.

Vor drei Jahren, als in Deutschland noch eine unmittelbare revolutionäre Situation vorhanden war, als man noch erwarten konnte, daß in aller-nächster Zukunft das Proletariat auch dort die Macht ergreifen werde, trat zwar die Perspektive von dem Aufbau des Sozialismus in Rußland allein bereits hervor, besaß jedoch keine aktuelle Bedeutung. Genosse Lenin selbst hat sie als eine der möglichen Perspektiven nie aus dem Auge verloren. Infolge der unmittelbar revolutionären Situation in Deutschland war aber diese Frage nicht brennend. Darum widmete die KP der Sowjetunion in ihrer Gesamtheit dieser Frage wenig Aufmerksamkeit, und es konnte natürlich vorkommen, daß von einigen Genossen falsche oder unklare Ansichten in dieser Frage geäußert wurden. Jetzt hat sich aber die Situation radikal geändert.

In Zentraleuropa hat sich der Kapitalismus stabilisiert. Unter solchen Bedingungen wird die Frage nach der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus in der USSR zur zentralen Frage, von deren richtigen Lösung die nächsten Schicksale nicht nur der Sowjetrepublik, sondern auch der Weltrevolution abhängen.

Und unter solchen Umständen sagen nun die Genossen Sinowjew und Trotzki: Ihr könnt Euch noch so anstrengen, gelingen wird es Euch doch nicht. Um ihren Pessimismus zu begründen, suchen sie Zitate von Lenin aus, die sich auf eine ganz andere Situation beziehen. Auf diese Weise zerren diese Genossen unsere Partei zurück zu einer längst vergangenen Periode. Mit welchen Worten würde Lenin dieses Verhalten kennzeichnen, wenn er noch lebte? Er würde sagen: Werte Genossen, das ist Chwostismus!

Genosse Sinowjew führte in der Plenarsitzung die Verteidigung der oppositionellen Plattform als „Historiker“. Genosse Trotzki lieferte die theoretische Begründung dieser Plattform vom ökonomischen Standpunkte aus. Die ganze Hilflosigkeit seiner ökonomischen Gedankengänge hat bereits Bucharin in seiner Rede auf dem Plenum glänzend aufgezeigt. Wir werden hier die Argumente des Genossen Bucharin nicht wiederholen. Der Leser kann sie in dem vollständigen Text seiner Rede finden. Wir wollen uns nur auf zwei ergänzende Anmerkungen beschränken. Der Grundgedanke des Genossen Trotzki ist in der Behauptung enthalten, daß angesichts der Verbundenheit der Sowjetwirtschaft mit der kapitalistischen Weltwirtschaft der Sozialismus in der Sowjetunion durch das Weltkapital ökonomisch zermalmt werden wird, falls der Sowjetrepublik keine siegreiche Revolution im Westen zu Hilfe kommt. Um den engen Zusammenhang zwischen der Wirtschaft der USSR und der Weltwirtschaft zu beweisen, improvisiert Genosse Trotzki eine Theorie, die die Ursachen des proletarischen Sieges in Rußland ökonomisch erklären soll, — eine Theorie, die die Leninsche Einschätzung der ökonomischen Ursachen der Oktoberrevolution auf den Kopf stellt.

„Warum — so fragt Trotzki — ergriff unsere Bourgeoisie nicht die Macht? Darum, weil sie einen Teil der Weltbourgeoisie darstellte und, noch bevor sie zur Macht gelangte, zusammen mit der gesamten imperialistischen Bourgeoisie bereits verfault war, weil Rußland ein Bestandteil des Imperialismus war.“

Vom Leninschen Standpunkt aus konnte in Rußland der Durchbruch der kapitalistischen Front, konnte die Machtergreifung des Proletariats darum leichter vor sich gehen, weil die russische nationale Bourgeoisie schwächer war als die westeuropäische, weil sie, im Gegensatz zu der überreifen westeuropäischen Bourgeoisie, noch nicht reif geworden war, weil die russische Bourgeoisie, in den Bannkreis der imperialistischen Politik hineingezogen und selber imperialistische Politik verfolgend, sich gleichzeitig im Schlepptau des ausländischen Kapitals befand, wodurch Rußland, infolge des Weltkrieges, sich in eine Kolonie der mächtigeren imperialistischen Staaten zu verwandeln drohte, wäre nicht die Oktoberrevolution ausgebrochen, die diese Ketten sprengte. In noch größerem Maße kann man das über die nationale Bourgeoisie Chinas sagen, und dies ist eine der Ursachen dafür, daß China nach dem Siege der chinesischen Revolution eventuell eine nichtkapitalistische Entwicklung einschlagen kann. Nach Trotzki dagegen hat das Proletariat in Rußland darum

gesiegt, weil in Rußland, genau wie im Westen, ein bereits in Fäulnis übergegangener Kapitalismus herrschte. Warum siegte aber dann das Proletariat nicht in Deutschland oder in England, wo der imperialistische Charakter der Bourgeoisie weit ausgeprägter war? Nach der Theorie Trotzki hätte es auch so kommen sollen. Seiner Theorie nach hätte die Revolution zuerst in den vorgeschrittenen europäischen Ländern ausbrechen sollen. Es ist anders gekommen: die Glieder der kapitalistischen Kette sind zuerst in agrarischen Ländern gerissen. Die Geschichte will und will nicht Trotzki recht geben, sondern Lenin.

Genau so schlecht wie die ökonomischen Ursachen der Oktoberrevolution erfaßt Genosse Trotzki auch die Perspektiven ihrer weiteren Entwicklung. Er entwirft uns das Bild einer stets zunehmenden Abhängigkeit der Sowjetwirtschaft von der kapitalistischen Wirtschaft, ohne zu berücksichtigen, daß unter der Bedingung der planmäßigen sozialistischen Wirtschaft der Sowjetrepublik die erstarkende Wechselwirkung zwischen diesen beiden Wirtschaften gleichzeitig zunehmende Industrialisierung und wachsende ökonomische Selbständigkeit der Sowjetunion zur Folge haben muß. Dabei gelangt Trotzki zu der Schlußfolgerung, daß auf die Dauer die sozialistische Wirtschaft der Konkurrenz der kapitalistischen Wirtschaft nicht standhalten kann, wenn ihre Produktivkräfte diejenigen der kapitalistischen Wirtschaft nicht überholen. Durch die Macht der kapitalistischen Wirtschaft geblendet, begreift Genosse Trotzki nicht, daß für den Sieg der sozialistischen Wirtschaft über die kapitalistische die Dynamik eine größere Rolle spielt als die Statistik: Die Sowjetrepublik mag ökonomisch weit rückständiger sein als die kapitalistischen Länder; diese Rückständigkeit, das begreifen alle, hängt von dem Erbe ab, das die Sowjetunion von der Vergangenheit bekommen hat. Wenn aber die Arbeiter und Bauern in der Sowjetrepublik und in den anderen Ländern zu der Ueberzeugung kommen, daß die Sowjetwirtschaft sich — sei es auch langsam — in der Richtung zum Sozialismus entwickelt, während die Wirtschaft der kapitalistischen Länder sich zersetzt, so wird die Gegenüberstellung dieser beiden Tendenzen genügen, um die Stellung der Sowjetmacht im Lande von Jahr zu Jahr immer mehr zu festigen und das Vertrauen und die Sympathien der werktätigen Massen der kapitalistischen Länder der Sowjetunion gegenüber immer mehr zu stärken.

Die vom Genossen Trotzki in der Plenartagung des EKKI entwickelten Ansichten sind von tiefem Pessimismus und von Kapitulationsstimmungen durchdrungen. Diese Anschauungen sind aber das logische Ergebnis seiner Theorie der permanenten Revolution, von der sich Trotzki auch jetzt noch nicht losgesagt hat. Er versucht bloß, diese seine geheime Krankheit, die innerhalb der Kommunistischen Internationale genügend kompromittiert ist, auf jede Weise zu verbergen, indem er, wie die Katze um den heißen Brei, um die Frage der permanenten Revolution herumgeht und die Treue seiner Lieblingstheorie gegenüber mit allgemeinen Phrasen bemäntelt wie: in der Hauptsache sei Lenin, insofern er, Trotzki, Differenzen mit ihm gehabt habe, immer im Recht gewesen.

Diese Theorie der permanenten Revolution verbindet Genossen Trotzki und seine Bundesgenossen mit der Ideologie der Sozialdemokratie.

Infolge dieser Theorie trat Genosse Trotzki in die Periode der sozialen Revolution in Rußland mit einer unzulänglichen Einschätzung der inneren

Kräfte der Revolution ein, was gerade dann zutage treten mußte, als die Entwicklung der Weltrevolution sich hinauszog. Das hat sich jetzt gezeigt. Gerade jetzt offenbart sich der Grundfehler des Genossen Trotzki in seiner Ueberschätzung der Kräfte der kapitalistischen Wirtschaft und in seiner Unterschätzung der Kräfte der sozialistischen Wirtschaft.

Was Wunder also, daß die gegenwärtige, ihrer Natur nach trotzkistische Opposition in der KP der Sowjetunion allen Feinden der Komintern Hoffnungen eingeflößt hat. Genosse Stalin lenkte in seinem Bericht die Aufmerksamkeit darauf, daß die Opposition sowohl von Paul Levi als auch von Dan und dem Organ der Miljukow-Partei „Poslednije Nowosti“ (Neueste Nachrichten) gelobt wird. Das wurde von dem Genossen Sinowjew bestritten, der sich darauf berief, daß die österreichische Sozialdemokratin Käthe Leichter ihren Vorschlag, die Arbeiterparteien im internationalen Maßstabe verschmelzen zu lassen, damit begründet hat, in Rußland habe die Richtung gesiegt, die in ihrer weiteren Entwicklung zu einer Annäherung an die Sozialdemokratie führen werde. Dem Genossen Sinowjew ist nur eins entgangen, nämlich der Umstand, daß die Führer der österreichischen Sozialdemokratie in ihrem Zentralorgan, der „Arbeiterzeitung“, nicht dem Zentralkomitee der KP der Sowjetunion, wohl aber der Opposition ihre Sympathie zum Ausdruck gebracht haben. Käthe Leichter, die eine Ausnahme bildet, welche die Regel bestätigt, trat im Namen der Minderheit der Partei auf, und ihre Perspektive einer sozialdemokratischen Wandlung der KP der Sowjetunion bezweckte ausschließlich die Begründung ihrer Forderung, eine Einheitsfront mit den Kommunisten zu bilden. Ferner berief sich die Opposition darauf, daß auch die Sympathien der französischen Bourgeoisie nicht auf seiten der Opposition, sondern auf seiten der Mehrheit der KP der Sowjetunion gewesen seien, in der eben eine Wandlung vor sich gehe. Aber auch dies ist, wie Genosse Doriot es klargelegt hat, nur eine halbe Wahrheit, d. h. eine ganze Unwahrheit. Diese Sympathie brachte die bürgerliche Presse der Mehrheit der KP der Sowjetunion nur am Anfang entgegen, weil sie den Insinuationen der Opposition Glauben geschenkt hatte, die KP der Sowjetunion mache eine thermidorische Wandlung durch. Als jedoch die wirkliche Stellung der KP der Sowjetunion und die spalterische Rolle der Opposition bekannt wurde, begann die bürgerliche Presse ihre Hoffnungen gerade auf die Opposition zu setzen und war äußerst enttäuscht, als diese teilweise kapitulierte. Auch jetzt, nach dem fraktionellen Auftreten der Opposition in der Plenartagung des EKKI werden Bourgeoisie und Sozialdemokratie in Jubel ausbrechen: könne es denn ein noch durchschlagenderes Zeugnis von der Unvermeidlichkeit der Niederlage des Sozialismus in Rußland und von der Wandlung der Kommunistischen Partei der USSR geben, als die tief pessimistischen und liquidatorischen Reden solcher prominenten Führer wie die Genossen Sinowjew und Trotzki? Die Hoffnungen der Bourgeoisie und aller Feinde der Kommunistischen Internationale werden jedoch zu Schanden werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die russische Opposition, die die Arena des fraktionellen Kampfes im internationalen Maßstabe betreten hat, in allen Sektionen der Komintern eine genau so vernichtende Niederlage erleiden wird, wie sie in der USSR bereits davongetragen hat. Die bankrott gewordene Opposition hat die zweite Karte ausgespielt. Sie wird geschlagen werden.

## EIN BRITISCHER KOMMUNIST: VOR NEUEN KÄMPFEN

Die Niederlage der Bergarbeiter leitet eine Periode akuten Klassenkampfes ein, wie sie Großbritannien noch nicht erlebt hat. In dieser Periode sind es die Kapitalisten, die die Offensive ergreifen werden. Aber die Erfahrungen der letzten sieben Monate und der fortdauernde Niedergang des britischen Imperialismus machen es sicher, daß die Arbeiter alle Lehren aus den jüngsten Kämpfen ziehen werden, und daß sie es sein werden, denen letzten Endes der Sieg zufällt, nicht die Kapitalisten. Vergangen ist die Zeit, da die Arbeiter in einer allgemeinen kapitalistischen Offensive nichts weiter sahen als eine Reihe von unzusammenhängenden Angriffen auf Löhne und Arbeitszeit. Die Erfahrung hat sie gelehrt und lehrt sie immer mehr, daß diese Angriffe nur ein Teil eines politischen Kampfes sind, indem die Arbeiter nur siegen können durch die Ergreifung der Macht. In diesem Sinne sieht sich die Arbeiterklasse heute in einer ganz anderen Situation als nach der Niederlage der Bergarbeiter im Jahre 1921.

### Die Bergarbeiter

Wenn es auch nicht immer so scheinen mag, so gilt dies doch für keine Arbeiterkategorie in höherem Maße als für die Bergleute. Zweifelsohne beginnen die Folgen der von der Bergarbeiterkonferenz beschlossenen Kapitulation fühlbar zu werden. Die Unternehmer begnügen sich nicht damit, die Reihen der Bergarbeiter gespalten zu haben durch Tarife, die zu verschiedenen Zeitpunkten im Verlauf der nächsten fünf Jahre ablaufen. Sie haben nicht genug daran, einen 7½-Stundentag hier, einen 8-Stundentag da, eine 49-Stundenwoche dort eingeführt zu haben, noch damit, verschiedene Prozentaufschläge auf die Bezirksgrundlöhne festzulegen — all das zu dem einen Zweck, Bergmann gegen Bergmann, Bezirk gegen Bezirk auszuspielen. Die Bergherren haben jetzt einen Angriff gegen Arbeitsbedingungen unternommen, die bisher noch nie in Frage gezogen wurden. In Yorkshire ist es die 20-Minuten-Frühstückspause — in Süd-Wales die Extravergütung für Nachtschichten, wogegen sich lokale Angriffe richten, anderswo sucht man andere Errungenschaften zu beseitigen, deren sich die Bergarbeiter seit Generationen unumstritten erfreuten.

Und dennoch haben weder die Kapitalisten selbst noch diese letzten Angriffe noch selbst das offene Zusammenarbeiten von Gewerkschaftsbeamten mit den Kapitalisten, bei Schaffung von Konkurrenz-Werkverbänden („Company Unions“), bei den Bergarbeitern die gleiche Enttäuschung hervorgerufen, wie sie nach dem großen Verrat von 1921 hervortrat. Es ist außerordentlich bezeichnend: statt daß die Bergarbeiter in Mittelengland, die zuerst zur Arbeit zurückkehrten — einige davon vor vier Monaten, — sich der Führung des verräterischen Spenser oder seines ebenso verräterischen Rivalen Varley, denen die Schuld am Zusammenbruch zufällt, anvertrauen, ist ihre einzige Sorge, die



in allen Arbeiterbriefen und Bezirksberichten hervortritt, die, „die Verräter hinauszufegen“. Die Mitgliederzahl der Kommunistischen Partei in diesem Bezirk wächst schneller als je zuvor, die Arbeiter schauen auf Cook und schwören auf ihn.

Wodurch erklärt sich diese Umstellung? Das macht, daß die Arbeiter im Jahre 1921 auf eine einzige undurchbrochene Front des Verrats gestoßen sind. Cooks Weigerung, den Verrat des Generalrats und die feige Unterwerfung der Bergarbeiterführer mitzumachen, hat den Bergarbeitern zum ersten Male in der Geschichte ihrer eigenen oder der allgemeinen englischen Gewerkschaftsbewegung das Beispiel eines Führers gezeigt, der (im ganzen trotz vieler Schwankungen) ihrer Sache treu blieb und nicht zögerte, diese Treue der Treue gegenüber seinen Kollegen voranzustellen. Doch was noch wichtiger ist, der tägliche Kampf der Kommunistischen Partei, nicht allein zentral, sondern auch in den Ortsgruppen und Bezirken, in den Städten und Dörfern der Bergreviere, für die Bergarbeiter und gegen die Bergherren, gegen die kapitalistische Regierung, gegen den reformistischen Block des Verrats, der von Thomas bis zu George Lansbury reicht, hat den Kumpels die Möglichkeit einer neuen politischen Führung gezeigt, ganz anders geartet als alles, was ihnen bisher von der Arbeiterpartei, der Unabhängigen Arbeiterpartei oder anderen reformistischen Parteien geboten wurde. Den Bergarbeitern hat sich ein neuer Ausblick eröffnet, und dieser neue Ausblick hat die Situation mit einem Schlage geändert.

Was für Symptome neuer Linien der Entwicklung können wir bei den Bergarbeitern beobachten? Statt davon zu reden, der Gewerkschaft den Rücken zu kehren, wie dies 1921 der Fall war, kommen von allen Teilen Großbritanniens Berichte, daß die Losung einer einzigen Bergarbeitergewerkschaft, die von der Partei aufgestellt und von der Minoritätsbewegung und von A. J. Cook aufgenommen worden ist, bei den Massen einen begeisterten Widerhall findet. Der Ekel vor der Passivität und der Sabotage der Bergarbeiter-Internationale ist so groß wie 1921 — aber überall sprechen die Kumpels nicht nur davon, die alte Internationale zu zerschlagen, sie sprechen von dem neuen anglo-russischen Bergarbeiterkomitee, das die Saat einer neuen kämpferischen Bergarbeiterinternationale zu säen hat. Systematische Umstellung der Führung, Reorganisation der Föderation zu einem Einheitsverband, Aufbau einer wirklichen Internationale — das sind die Richtlinien, die die aktiven Elemente unter den Kumpels unter Führung der Kommunistischen Partei ihrer Arbeit zugrunde legen, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß sie die Massen mit sich fortreißen werden.

### Die Aussichten für die Arbeiter

Nur wenige in der englischen Arbeiterbewegung machen sich jetzt Illusionen darüber, — die Kommunistische Partei sagte das bereits vor einem Jahre voraus — daß die Niederlage der Bergarbeiter auf der ganzen Linie von Angriffen gegen die Lebenshaltung der Arbeiter anderer Industrien gefolgt sein wird. Selbst die Kohlenkommission wurde vor neun Monaten von den Arbeitgebern des Eisenbahn- und Transportgewerbes als Resonanzboden gebraucht für ihren Feldzug für Herabsetzung der Unkosten in

erster Linie auf Kosten der Arbeiter. Heute, angesichts des Rückgangs der englischen Industrie, sind die vordem „geschützten Industrien“ — Eisenbahn und Verkehr — nicht länger geschützt. Die Transportarbeiter sind bereits angegriffen worden in Gestalt der Sektion, die mit der Verladung von Kohlen beschäftigt ist. Aber schon ist eine ausführliche Denkschrift der Schiffahrtsunternehmer veröffentlicht worden zur Vorbereitung eines Angriffs auf die übrigen im und am Hafen beschäftigten Arbeiter. Den Eisenbahnern gegenüber sind die Bestimmungen des vom Eisenbahnerverband im vergangenen Frühling angenommenen Schiedsspruchs noch nicht zur Anwendung gebracht worden, weil die Gesellschaften absichtlich gewartet haben bis zur Beendigung der Bergarbeiteraussperrung — aber die Anwendung kann jetzt nicht mehr lange verzögert werden. Die wachsende Konkurrenz Mitteleuropas und der Kolonien mit solchen Industriezweigen, wie Maschinenbau, Schiffbau, Textilindustrie usw., veranlaßt die Unternehmer, von neuem die Frage der „Produktionskosten“ aufs Tapet zu bringen, was, wenn die Bergarbeiter erst einmal besiegt sind, nichts anderes bedeutet als einen Angriff auf Lohn und Arbeitszeit.

Es sind jedoch nicht allein Angriffe wirtschaftlicher Natur, sondern auch solche politischer Natur, auf die die Arbeiterklasse gefaßt sein muß. Aufhebung des Rechts zur Durchführung unabhängiger Streikabstimmungen, des Rechts des Streikpostenstehens, Aufhebung der Immunität gegen Schadenersatzforderungen infolge eines Streiks — das ist das Programm der antigewerkschaftlichen Gesetzgebung, die die Konservative Partei plant. Die Umbildung des Hauses der Lords und seine Rekonstruktion als uneinnehmbare Festung der Reaktion, wohin sich die Kapitalistenklasse im Falle einer Arbeitermehrheit im Unterhause unter Wahrung der Verfassung zurückziehen kann, die Abschaffung des politischen Beitrags in den Gewerkschaften, der die finanzielle Grundlage der Arbeiterpartei bildet, Entziehung des Wahlrechts der Arbeitslosen, Verbot der Annahme ausländischer Unterstützungen und der Einreise „ausländischer Agitatoren“ nach Großbritannien — das ist das Programm politischer „Reformen“, das auf der Tory-Konferenz von Scarborough niedergelegt wurde. Neben diesen parlamentarischen Angriffen sind die Kapitalisten sichtlich dabei, einige außerparlamentarische Maßnahmen vorzubereiten, wie weitere Repressalien gegen die Kommunistische Partei, Verstärkung der Spezialkonstabler als einer permanenten Stütze der Verfassung, Ausdehnung und Verstärkung der faschistischen Bewegung usw. Wir können ohne Uebertreibung sagen, daß die Kapitalisten aus der Wiederbelebung der Gewerkschaftsbewegung nach den vernichtenden Niederlagen von 1921—22 eine wertvolle Lehre gezogen haben und entschlossen sind, Bedingungen zu schaffen, die ein solches Wiederaufleben nach den wirtschaftlichen Angriffen von 1926—27 verhindern sollen.

Aber die Arbeiter haben auch etwas gelernt. Was ist, soweit die Arbeiterbewegung in Frage kommt, der wichtigste Unterschied zwischen der Lage von 1921 und 1926? Das ist vor allem die Existenz einer wachsenden kommunistischen Partei, die unter den Massen sehr tätig ist, sowie einer einflußreichen Minderheitsbewegung. Im Jahre 1921 war unsere Partei knapp sechs Monate alt, als der große Angriff kam; erst im Verlauf der großen Kämpfe von 1921 und 1922 lernte sie durch bittere Erfahrungen die Not-

wendigkeit der praktischen Kleinarbeit in den Gewerkschaften und in den Fabriken und fand den Weg dazu — während dieser ganzen Periode stand die Partei noch stark unter dem Einfluß sektiererischer Traditionen. Im Jahre 1926 ergibt sich ein anderes Bild. Unsere Partei ist ein politischer Faktor geworden und wird mehr und mehr als die einzige Partei anerkannt, die für die Arbeiter kämpft. Sie hat die Führung übernommen beim Aufbau der Minderheitsbewegung, die trotz all ihrer organisatorischen Unreife und Schwäche bei ihren Konferenzen Delegierte von fast einer Million Arbeiter vereinigen und ihnen ein revolutionäres Aktionsprogramm übermitteln kann.

Dies ist der Grund, weshalb beispielsweise die immer offener vorgehende Intervention des britischen Imperialismus in China mit Bildung von „Hände weg von China“-Komitees in allen Industriezentren, vorwiegend unter der Aegide der Gewerkschaftskartelle, beantwortet worden ist. Dies ist der Grund, weshalb der Feldzug der Partei für Erneuerung der Führer, nicht nur durch Bloßstellung dieses oder jenes Reformisten, sondern durch entschiedenes Einsetzen für die Berichterstattung der Delegierten auf Gewerkschaftskonferenzen, auf Konferenzen der Arbeiterpartei usw. an ihre Wähler, eine sichtbare Wirkung auf die Arbeiterbewegung ausübt. Dies ist der Grund, weshalb die spalterischen Manöver der Führung der Arbeiterpartei die Wahl linker Kandidaten — der offiziellen Kandidaten ihrer lokalen Arbeiterbewegung, aber „inoffiziell“, soweit das Vorstandsbüro der Arbeiterpartei in Betracht kommt — bei den Munizipalwahlen nicht verhindert haben. Dies ist der Grund, weshalb die Niederlage der Bergarbeiter und der Verrat des Generalstreiks nicht eine Tendenz zur Flucht aus den Gewerkschaften hervorgerufen haben, wie 1921, sondern im Gegenteil die Bewegung für engere Verbindung der Gewerkschaften und für bessere Organisation für Kampfzwecke gestärkt haben. Man denke nur an die wiederholten Beschlüsse des Holzarbeiterverbandes, nicht aus der Föderation der Bauarbeiter auszutreten, trotz der verschiedenen Versuche der Führer, dies herbeizuführen. Dies ist endlich der Grund, weshalb die wirkliche Bewegung des linken Flügels der Arbeiterpartei — jene, die von den Kommunisten geführt wird — Fortschritte macht, wie das stetige Wachsen der Leserschaft des „Sunday Worker“ zeigt, sowie die Entwicklung der linken Gruppen in den Bezirken, während die Pseudolinken, die sich um Lansbury scharen, an Einfluß verlieren, wodurch sie gezwungen worden sind, eine „Links“-Revidierung ihres Programms vorzunehmen.

Erhöhtes Klassenbewußtsein unter den Massen, verstärktes Verlangen nach kampfbereiter Führung, Zunahme der revolutionären Opposition innerhalb der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei, Stärkung der kommunistischen Partei durch jeden neuen kapitalistischen Angriff, der den Arbeitern die Richtigkeit der kommunistischen Politik beweist — das sind die Aussichten für 1927 angesichts des fortschreitenden Niedergangs des Kapitalismus in England und des verstärkten Drucks auf die Arbeiterklasse.

### Die Aussichten für die Bourgeoisie

Die Niederlage der Bergarbeiter bringt den britischen Kapitalisten mehr als die Hoffnung auf Erfolg in einer Reihe von Teilangriffen auf verschiedene Arbeiterkategorien. Sie bringt ihnen die Hoffnung auf Rationali-

sierung und Stabilisierung im großen Maßstabe auf Kosten der Arbeiter. Sie gibt ihnen die Hoffnung, noch einmal auf industriellem Gebiete mit den machtvollen Rivalen zu konkurrieren, die seit dem Kriege hervorgetreten sind, und auf einen Aufschwung, ähnlich dem, der für etwa ein Jahr auf die erfolgreiche kapitalistische Offensive von 1921—22 folgte. Die Niederbringung der Bergarbeiter gibt ferner dem britischen Imperialismus in China bis zu einem gewissen Grade freie Hand, mehr noch, sie wird ihn zweifellos ermutigen, sich gegenüber der Sowjetregierung größere Freiheiten herauszunehmen, in deren Verteidigung die Bergarbeiter unter allen Arbeitern stets voran gestanden haben. Aus der Niederwerfung der Bergarbeiter hoffen die britischen Imperialisten neue Kraft zur Bekämpfung der zentrifugalen Tendenzen innerhalb des britischen Weltreiches zu ziehen. Zweifellos sind alle diese Hoffnungen nicht ganz unbegründet.

Aber die Erfahrungen von 1922—23 sind nicht allzu vertrauenerweckend für die Kapitalisten. Erstens hat selbst eine zeitweilige Konjunkturbesserung seit dem Kriege unweigerlich ein Wiederaufleben der Kraft und Entschlossenheit der Arbeiterbewegung mit sich gebracht, die sofort die Grundlage der verbesserten Konjunktur bedroht.

Obwohl seit 1923 große Anstrengungen gemacht worden sind, solch widrige Ereignisse, wie die Ruhrbesetzung mit der darauf folgenden Beunruhigung von Handel und Wandel, zu verhindern, so besteht doch noch immer der Zufluß billiger deutscher Reparationsgüter auf die europäischen Märkte, der Versuch, diesen Zufluß direkt entgegen den Interessen Großbritanniens zu regulieren durch Bildung kontinentaler Kartelle, die dauernde latente Gefahr, daß die zeitweilige Stabilisierung Englands neue Krisen in Zentral- und Osteuropa hervorrufen kann. Ferner, das Erwachen des chinesischen Proletariats zu der Rolle, die es bei der Führung der Massen im Befreiungskampf spielen kann, ist soweit gediehen, daß die Niederlage der nationalrevolutionären Bewegung, die Niederwerfung der Kantonregierung und die sich daraus ergebende vorübergehende Sicherstellung Chinas für den Kapitalismus kaum möglich ist. Der Niedergang des Weltreichs läßt sich nicht aufhalten, wenn er auch verzögert werden kann durch die bewußte Entindustrialisierung Englands im Interesse des britischen Finanzkapitals und der Bourgeoisie der Dominions, wie dies von Sir Alfred Mond befürwortet wird. Und im Hinblick auf die amerikanische Konkurrenz in der ganzen Welt, politisch wie ökonomisch, im Hinblick auf die japanische Konkurrenz in China, im Hinblick auf den zunehmenden revolutionären Einfluß der USSR sehen sich die englischen Kapitalisten von der Möglichkeit bedroht, durch irgendwelche plötzliche Wendung der Weltlage vor die Alternative gestellt zu werden, entweder zu kämpfen, so lange sie noch können, oder den Kampf hinaus zu schieben bis zu dem Moment, wo sie schon zu schwach sein werden.

So ist es unwahrscheinlich, daß die Schwierigkeiten, vor die die Bourgeoisie sich gestellt sieht, im Laufe des kommenden Jahres verringert werden. Der Prozeß der Auflösung der Liberalen Partei, der Konsolidierung aller Kräfte der Reaktion unter dem Banner einer einzigen Klassenpartei, muß sich notwendig mit zunehmender Schnelligkeit abwickeln. Dies zusammen mit der wirtschaftlichen und politischen Offensive gegen die Ar-

beiterklasse muß notwendig die altehrwürdigen Traditionen der englischen Freiheit und der Demokratie des klassenlosen Staats und eines über den Klassen stehenden Parlaments unterminieren, die so lange und so gut dazu gedient haben, die britischen Arbeiter zu täuschen, irrezuführen und zu versklaven.

Die Aussichten für die politische Erziehung der Arbeiterklasse, die sich daraus ergeben, können dem britischen Kapitalismus nichts Gutes verheißen — denn selbst eine vorübergehende Besserung der Verhältnisse, wenn eine solche möglich wäre, kann solche Lehren nicht aus dem Gedächtnis der Arbeiterklasse wegwischen. Die britischen Kapitalisten sind auch weiterhin von einer Situation bedroht, die mehr und mehr objektiv revolutionär wird.

### Die Aussichten für die Kommunistische Partei

Man darf sich keinen Illusionen hingeben über die Schwere der Prüfung, die unserer Partei in England während der kommenden Monate bevorsteht. Die Bourgeoisie kennt sehr wohl den wachsenden Einfluß unserer Partei unter den Bergarbeitern und die in steigendem Maße ausschlaggebende Rolle, die sie während einiger kritischer Augenblicke des Kampfes spielte (besonders im Zusammenhang mit der Zurückweisung des Memorandums des Bischofs im September, der Durchführung von Maßnahmen zur Intensivierung des Kampfes im Oktober und der Zurückweisung der Vorschläge der Regierung im November). Die Bourgeoisie versteht auch, daß es noch andre Industrien gibt, wo es nur des praktischen Beweises eines kapitalistischen Angriffs bedarf, um die Arbeiter zu überzeugen, daß die Kommunisten ihre einzigen Freunde sind. Die Bourgeoisie kennt die gewaltige Kraft, die unsere Partei aus ihrer organischen Verbindung mit der Kommunistischen Internationale zieht. Die Bourgeoisie versteht schließlich, daß ihr in ihrem Kampf gegen das revoltierende China und die kolonialen Massen überhaupt ein ernster Gegner entsteht, der zahlenmäßig nicht meßbar ist, in der Existenz eines entschlossenen Gegners im Herzen der britischen Arbeiterklasse. Darum verschließt unsere Partei nicht den Blick vor der Aussicht auf noch heftigere Angriffe, gesetzliche und ungesetzliche, vor der Möglichkeit, daß die Gefahr, in die Illegalität gedrängt zu werden, der sie unter der Ausnahmegesetzgebung ausgesetzt war, durch irgendeinen Gerichtsbeschluß erneut aktuell wird, sowie vor der wachsenden Bürde und Schwierigkeit ihrer revolutionären Aufgaben, die Anlaß zu Fehlern geben können und die schwachen Stellen in ihren Reihen aufzeigen.

Dennoch kann unsere Partei in England darauf vertrauen, bei Einsetzung ihrer ganzen Energie in diesem Kampf dem Sturm trotzen zu können und mit ungebrochener Kraft daraus hervorzugehen. Die vom Plenum des Erweiterten EKKI ausgegebene Parole „Verdoppelt die Mitgliederzahl“ ist bis zum 7. Plenum voll erfüllt worden — unsere Partei wird sich darüber klar sein, daß dies zurückzuführen ist auf die Verbindung revolutionärer Grundsätze und Offenheit mit der Kleinarbeit unter den Bergarbeitern für Augenblicksforderungen. Bei Durchführung dieser Arbeit auch unter den Arbeitern anderer Industrien kann unsere Partei sicher sein, daß ihr jeder neue Angriff Tausende neuer Mitglieder bringen wird.

Der absolute und völlige Bankrott aller politischen Gruppen in der Arbeiterbewegung, von der extremen Rechten bis zur Pseudolinken, unter der harten Prüfung des sieben Monate langen Bergarbeiterkampfes hat zur Folge, daß die Partei mit keinem ernstzunehmenden Rivalen in dem Kampf um die Aenderung der alten Führung der Massen mehr zu rechnen hat, immer vorausgesetzt, daß sie in ihrer Kritik und Bloßstellung des Opportunismus in all seinen Schattierungen noch rücksichtsloser vorgeht und aus den Fehlern, bei deren Ausmerzung die Komintern ihr half, die entsprechenden Lehren zu ziehen weiß, und zwar vor allem die Lehre, daß jede sich bietende Gelegenheit ergriffen werden muß, den politischen Gesichtskreis der Massen zu erweitern und ihnen die Richtigkeit ihres Programms zu beweisen.

Welches sind nun die Hauptaufgaben, die diese Erfahrung und diese Aussichten unserer Partei in England stellen und die vom Siebenten Plenum des EKKI zusammengefaßt worden sind?

Die erste und dringendste ist die Aufgabe, die 6000 oder 7000 neuer Parteimitglieder, meist Bergarbeiter, die während der letzten sechs Monate für die Partei gewonnen worden sind, enger mit der Kommunistischen Internationale zusammenzuschweißen durch Förderung ihrer politischen Erziehung und durch Hinleitung ihrer Energien auf solche elementaren Parteaufgaben, wie Fraktionsarbeit in ihren Gewerkschaften und in der Arbeiterpartei, Aufbau einer Minderheitsbewegung und des Linken Flügels und Verkauf des Parteiblattes. Zweitens: um die Arbeit der ganzen Partei in den Massenorganisationen der Arbeiterklasse zu stärken, ist das Hauptaugenmerk auf die organisatorische Stärkung der Minderheitsbewegung zu legen, wobei bisher vernachlässigten Arbeitsgebieten mehr Beachtung geschenkt werden muß, besonders der Textilindustrie, den Landarbeitern und den Arbeiterinnen. Drittens muß der Kampf gegen den Reformismus in all seinen Formen und Abarten verstärkt werden, wobei die Aufgabe des Kampfes nicht allein das nächstliegende Ziel der Bekämpfung der Reformisten oder der kapitalistischen Reaktion ist, sondern eine fortwährende Gegenüberstellung auf Schritt und Tritt des kommunistischen und des Programms des Reformismus. Viertens — eine besondere Notwendigkeit angesichts der wachsenden Kriegsgefahr, die die Frage der Macht in akuterer Form als je zuvor vor der britischen Arbeiterklasse aufrollen wird — unsere britische Partei muß einen Propagandafeldzug gegen die Kriegsgefahr durchführen und gleichzeitig der antimilitaristischen Arbeit in all ihren Formen viel mehr Aufmerksamkeit schenken, der Propaganda für Solidarität mit den russischen Arbeitern als erstem Schritt auf dem Wege zu einer einigen kampfbereiten Gewerkschaftsinternationale und zur Organisierung einer Arbeiterschutzwehr als Massenorganisation, der einzigen Garantie gegen die Gefahr des Faschismus und eine Sicherung dagegen, daß irgendwelche plötzlich hereinbrechende Krise im Klassenkampf die Arbeiter unvorbereitet findet. Endlich, im gegenwärtigen Stadium des chinesischen Kampfes, angesichts der Möglichkeit, daß der heroische Kampf Kantons den Geist der Revolte in Indien und anderen Teilen des britischen Weltreichs erwecken kann, muß sich unsere Partei in England mehr als bisher der kolonialen Arbeit zuwenden und ihr möglichstes tun, um den Arbeitern die praktische

Notwendigkeit eines Kampfbündnisses mit den Kolonialvölkern zur Bekämpfung des Imperialismus klarzumachen.

Die Periode, an deren Schwelle wir stehen, wird erfüllt sein von sich mehr und mehr zuspitzenden Kämpfen, Vorpostengefechten, die den Kampf für Eroberung der Macht und Errichtung der Diktatur des Proletariats einleiten. Gestärkt durch das Bewußtsein ihrer historischen Mission, voller Vertrauen auf sich selbst und auf die Arbeiterklasse, wird unsere Partei die Lehren der letzten sieben Monate ziehen, um den britischen Arbeitern in Wort und Tat zu beweisen, daß sie unter ihrer Führung die Kapitalisten stürzen und einen Arbeiterstaat schaffen können, um den Aufbau des Sozialismus in einem zweiten Lande in Angriff zu nehmen, wodurch das Schicksal des Kapitalismus in der ganzen Welt besiegelt wird.

## M I F :

### DIE BAUERNBEWEGUNG IN CHINA

Massenbewegungen der Bauern sind nichts Neues in China. Die rasche Pauperisierung der chinesischen Bauernschaft hat zur Bildung und zu einem beschleunigten Wachstum einer ganzen Reihe von Geheimorganisationen geführt, wie z. B. der Gesellschaft „Weiße Lotosblume“, der Gesellschaft „Zu den drei Versammlungen“, der „Bruderschaft“ usw. In aller Erinnerung ist noch die gewaltige Boxerbewegung in den Jahren 1900/01, die faktisch ein Bauernaufstand war und sich gegen den Imperialismus und die Ueberreste der Feudalherrschaft richtete. Bekanntlich hat das Fehlen klarer politischer Ziele bei den aufständischen Bauern — den „Boxern“ — es möglich gemacht, daß reaktionäre chinesische Kreise sich der Bewegung bemächtigten, wodurch sie zum Scheitern verurteilt wurde. Diese denkwürdige Lehre dürfen wir nicht vergessen. Die heutigen Gesellschaften der „Roten Lanzen“ tragen an sich die Spuren der früheren Geheimorganisationen. Die „Roten Lanzen“, deren Einfluß sich auf ungeheure Massen der Bauernschaft erstreckt, gliedern sich in zahlreiche Sekten. Allein in der Provinz Honan gibt es folgende Sekten: die „Rote Lehre“, die „Lehre von der Mitte“, die „Eiserne Kappe“, die „Goldene Glocke“, das „Eisenhemd“ usw. usw. All diesen Sekten liegt die Lehre zugrunde, daß jede von ihnen über geheime magische Mittel verfügt, deren Kenntnis es jedem Mitglied dieser Sekte gestattet, der Wirkung von Kugeln und sonstigen Waffen zu widerstehen. Dieser mystische Glaube ist nicht zufällig entstanden. Die Mitglieder dieser Sekten sind in ihrer Mehrzahl mit Lanzen und Schwertern bewaffnet. Erst in letzter Zeit begannen sich bei ihnen auch Gewehre zu zeigen. Die Schwäche ihrer Bewaffnung in rein technischem Sinne versuchten die Mitglieder der Sekten durch geheime Beschwörungsformeln zu ersetzen. Deshalb hat jeder, der der Sekte beitrifft, eine lange Schule durchzumachen, während der er (unter der Anleitung besonderer Lehrer) das Waffenhandwerk und die besondere Geheimkunst, Kugeln, Messerstichen usw. entgegenzuwirken, erlernen muß. Damit erklärt es sich, daß das Körpertraining in all diesen Geheimsekten an erster Stelle steht.

Jeder Neueintretende hat unter entsprechenden Zeremonien einen Eid abzulegen, in dem er verspricht, Räuber zu strafen, den Armen zu helfen, ein treues Mitglied der Geheimorganisation zu sein, keine Geheimnisse auszulauldern usw. Wir zitieren u. a. folgenden Auszug aus der Eidesformel: „Ich, der Lehrling, der ich hiermit einen neuen Weg beschreite, schwöre, alles mir Aufgetragene zu erfüllen, weder Unrecht zu tun, noch Unheil zu stiften, falls ich aber dennoch so handele, so mag meine Brust die verdiente Kugel treffen.“ In der Provinz Kwantung, wo die revolutionäre Situation dazu beigetragen hat, daß die Bauernbewegung ausgeprägtere Formen angenommen hat und bewußter hervortritt, hat diese Eidesformel folgenden Wortlaut: „Heute nacht leiste ich den Eid, für die Sache der unterdrückten Arbeiter und Bauern zu arbeiten, für den Sturz der Klasse der Unterdrücker und die Verwirklichung der sozialen Revolution tätig zu sein, um der Sache willen und nicht meiner selbst willen. Von jetzt ab werde ich alle Befehle der Organisation durchführen, die Interessen der Organisation aus allen Kräften verteidigen, auch dann, wenn ich mich selbst zu opfern habe. Ich werde nichts unternehmen, was den Interessen der Organisation zuwiderläuft. Sollte ich eidbrüchig werden oder um selbstsüchtiger Interessen willen der Organisation Schaden bringen, so mag man mit mir in derselben Weise verfahren, wie ich mit diesem Hahn verfare.“ Dabei hackt der den Eid Leistende einem Hahn den Kopf ab.

In bezug auf ihre Zusammensetzung rekrutieren sich die „Roten Lanzen“ vorwiegend aus proletarisierten Elementen der Bauernschaft, Dorfarmut (Parzellenbauern und landarmen Kleinbauern). Ihre Anzahl mag man danach ermesen, daß 1925 in 24 Bezirken allein in der Provinz Honan über 400 000 Menschen Mitglieder dieser Organisation waren.

In jedem Dorf werden besondere Abteilungen organisiert; die eine sehr gute Verbindung untereinander haben. Nicht selten kommt es vor, daß die „Roten Lanzen“ in kürzester Frist dort, wo das nötig ist, zehntausend Menschen aufbieten können. Die einzelnen Organisationen der „Roten Lanzen“ haben eigene Führer, die gleichfalls aus den Elementen der Dorfarmut hervorgegangen sind und sich durch besondere persönliche Eigenschaften auszeichnen.

Die ausschlaggebenden Parolen der „Roten Lanzen“ zerfallen in zwei Kategorien. Sie beziehen sich einerseits auf die innere Organisation, wie das aus den Formeln hervorgeht: „Wahre streng jedes Geheimnis“, „Habe keine Furcht vor dem Tod“. Die anderen Parolen beziehen sich auf den politischen Kampf und leiden unter einer gewissen Verschwommenheit ihrer Formulierung, wie z. B.: „Plündere das Volk nicht aus“, „Hilf den Armen“, „Bringe dem Lande Frieden“ usw. Diese Losungen bringen keine klaren politischen Bestrebungen zum Ausdruck. Aber sie lassen den sozialen Charakter der „Roten Lanzen“, dieser bewaffneten Abteilungen der viele Millionen starken, dem Ruin entgegengehenden Massen der chinesischen Bauernschaft erkennen.

Diese politische Verschwommenheit der Organisationen der „Roten Lanzen“ macht es möglich, daß sie durch den Adel (Gentry) und die reaktionären Militaristen in deren Interesse ausgenutzt werden. Bezeichnend in dieser Beziehung ist die Haltung der „Roten Lanzen“ in der Provinz



Honan während des Kampfes von Wu Pei-fu gegen die zweite Volksarmee. Letztere begann nach der Einnahme der Provinz Honan ihren zahlenmäßigen Bestand übermäßig auszudehnen und die Steuerschraube infolgedessen immer fester anzuziehen. Natürlich wurde die ganze Steuerlast den Bauern auferlegt und wurde von diesen als immer unerträglicher empfunden. Zu diesem Druck der Steuerlast kamen noch die verschiedenen Gewalttaten gegen die Bauern, die von den bunt zusammengewürfelten Truppenteilen der zweiten Volksarmee verübt wurden. Bei der allgemeinen Desorganisation des Regierungsapparates und der Zunahme des Banditenunwesens, bei gleichzeitiger ungeheurer Verelendung der Bauern, hatten die Handlungen der zweiten Volksarmee eine ausgesprochen feindselige Haltung seitens der Bauernschaft ihr gegenüber zur Folge. Diese Stimmung wurde von den Agenten Wu Pei-fus, der Gentry und den Großgrundbesitzern geschickt ausgenutzt. Sie hetzten die Abteilungen der „Roten Lanzen“, die von der allgemeinen Stimmung der Bauern angesteckt waren, gegen die zweite Volksarmee. Die „Roten Lanzen“ haben Wu Pei-fu geholfen, der zweiten Volksarmee eine Niederlage beizubringen und sie dann restlos zu vernichten. Dieses Beispiel gibt uns einen Begriff von der Rolle, die schon jetzt die Bauernorganisationen spielen. Dasselbe Beispiel aber legt Zeugnis ab für die Bedeutung, die die Bauernfrage unter den Verhältnissen des jetzigen Bürgerkrieges gewinnt und von der es abhängen wird, ob die Bauernbewegung ins revolutionäre Fahrwasser gelenkt werden kann.

Die besonders in der letzten Zeit sich verstärkende Proletarisierung der Bauern, die akute Verschlimmerung ihrer Lage, die im Zusammenhang damit eingetretene Verschärfung der Klassengegensätze auf dem flachen Lande in China sowie die zunehmende Revolutionierung der Bauernmassen haben zur Bildung von Bauernbünden geführt. Diese Organisationen, die erst in den letzten Jahren entstanden sind, sind eine ausgeprägtere politische und eine lebensfähigere Form der Bauernbewegung. 1924 wurden die Bauernbünde erstmals aus den aktiven Schichten der ärmsten Bauernschaft in der Provinz Kwantung gebildet. Im Laufe der Jahre 1925 und 1926 begannen sich diese Organisationen in einer ganzen Reihe anderer Provinzen erfolgreich auszudehnen. Es genügt der Hinweis darauf, daß die Mitgliederzahl, die 1925 in der Provinz Kwantung 200 000 betrug, Mitte 1926 bereits 623 000 erreicht hatte, während sie gegenwärtig eine Million übersteigt. In der Provinz Honan sind auf Grund der letzten Nachrichten über 600 000 Menschen für die Bauernbünde gewonnen worden.

Die Bauernbünde verwandeln sich in Kampforgane für die wirtschaftlichen und politischen Interessen der geknechteten Bauernmassen. Sie stellen sich folgende Hauptaufgaben: 1. allgemeiner Schutz der wirtschaftlichen und politischen Interessen der ausgebeuteten Massen der Bauernschaft; 2. Kampf um die Herabsetzung der Pachtzahlungen; 3. Abschaffung des Systems der außerordentlichen Steuern; 4. Einführung einer progressiven und gestaffelten Steuer; 5. örtliche Selbstverwaltung für die Bauern; 6. Freiheit der Organisation und der Bewaffnung für den Selbstschutz der Bauern gegen das Banditentum, die Willkür der Behörden und der Armee.

Bei der Aufnahme in die Bauernbünde wird auf der Grundlage des Klassenprinzips verfahren. Grundbesitzer mit einem Besitz von 100 Mu

können nicht in die Vollzugsausschüsse gewählt werden; Gutsbesitzer, die 500 Mu und darüber besitzen, können weder wählen noch gewählt werden.

Die erfolgreiche Bildung und die rasche Zunahme der Bauernbünde ist der beste Beweis für die revolutionären Prozesse, die unter der chinesischen Bauernschaft vor sich gehen. Nicht umsonst werden diese Organisationen in den meisten Provinzen verboten, müssen ein illegales Dasein führen und stoßen bei ihrem Kampf um die Interessen der unterdrückten Bauernschaft auf den wütenden Widerstand der reichen Elemente des Dorfes. Einen besonders tiefen Haß gegenüber den „roten Lanzen“ sowie den Bauernbünden hegen die Dorfbeamten, der Kleinadel und die Großgrundbesitzer. Gerade diese Schichten entfalten die größte Aktivität im Kampf gegen die Organisationen der Bauernbünde und der „Roten Lanzen“. Diese wohlhabenden Schichten sind es auch, die in den Dörfern die Organisation Min-Tuan (Volksmiliz) gebildet haben, deren Aufgabe — in Worten — der Kampf gegen das Banditenunwesen, in Wirklichkeit aber — die Verteidigung der Macht der alten Beamten und des Eigentums der Großgrundbesitzer ist.

Dafür spricht auch die Zusammensetzung der Min-Tuan. Die armen Bauern sind in dieser Organisation nicht vertreten. Dagegen haben die Bauern, die über 60 Mu Land besitzen, je einen bewaffneten Soldaten zu stellen; jene Bauern, die über 100 Mu Land besitzen, haben einen bewaffneten Kavalleristen zu stellen, während schließlich diejenigen, die über 500 Mu Land besitzen, verpflichtet sind, fünf Soldaten oder drei Kavalleristen zu stellen. Diese Volksmiliz ist vorwiegend zusammengesetzt aus Bauern, die sich in persönlicher Abhängigkeit von den höheren Gruppen der Grundeigentümer befinden (Pächter, dauernd angestellte Landarbeiter, persönliche Dienerschaft usw.). Die Leitung der Min-Tuan liegt in der Hand der Gutsbesitzer und der Gentry. Unter den Verhältnissen des sich entwickelnden Klassenkampfes auf dem flachen Lande verwenden diese Ausbeuterschichten des chinesischen Dorfes die bewaffneten Streitkräfte der Min-Tuan offen zur Niederschlagung der Bauernbewegung.

\*

In den letzten Jahren nimmt die Entwicklung der sozialen Kämpfe auf dem flachen Lande zwischen den Bauern einerseits und den Gutsbesitzern und dem Kleinadel andererseits immer mehr zu. Das Wachstum der Bauernbünde hat zu einer Gegenaktion seitens der reaktionären Kräfte geführt. Mit jedem Monat wird der Bürgerkrieg auf dem flachen Lande in China ein gespannterer und heftigerer.

Bereits im November 1924 unternahmen die Gutsbesitzer und die Gentry in Fassjan mehrere Versuche, die Bauernorganisationen aufzulösen und niederzuschlagen, wobei diese Versuche in unmittelbarem Zusammenhang standen mit dem Beschluß der Bauernorganisationen über die Herabsetzung des Pachtgeldes um 40 Prozent. Im Mai 1924 zertrümmerten die Gutsbesitzer und die Gentry die Bauernbünde in Tsianton und Tampu. Als im November die neu entstandenen Bauernbünde ihrerseits den Beschluß über die Herabsetzung des Pachtgeldes um 40 Prozent faßten, veranstalteten die Gutsbesitzer in dem Dorfe Schen-Gan eine regelrechte Metzelei. Mit der

Zeit wurde diese Gespanntheit der Atmosphäre nicht schwächer, sondern im Gegenteil stärker, sie schlug um in den offenen, bewaffneten Kampf. Im Mai 1925 wurden durch Abteilungen der Großgrundbesitzer in dem Dorfe Suchne zehn Häuser niedergebrannt, drei Mitglieder des Bauernbundes erschlagen, dreizehn verwundet und vierzehn Mann verhaftet. Die zur Verzweiflung getriebenen Bauern brannten ihrerseits einige Gutsbesitzerhäuser nieder. Im vergangenen Jahre wurde in der Provinz Honan, Bezirk Sinjan, Gemeinde Siu-Ju-tschen der Gemeindevorsteher Schen Chu-tschen, ein Mitglied der Kuo-Min-Tang und Anhänger der Bauernorganisationen, in bestialischer Weise ermordet. Dabei wurde seine ganze, aus neun Personen bestehende Familie umgebracht.

Die Zahl der Tatsachen, die Zeugnis ablegen von dem zunehmenden Klassenkampf, könnten beliebig vermehrt werden. Aber auch die vorstehend von uns angeführten genügen, um sowohl den Prozeß der Revolutionierung der Bauernmassen als auch den Umfang des Bürgerkrieges auf dem flachen Lande in China beurteilen zu können.

Schließlich wollen wir kurz auf die Ereignisse vom 20. März 1926 in Kanton eingehen, die zur Entfernung der linken Kuo-Min-Tang-Leute von der Macht geführt haben. Diese Ereignisse sind unbegreiflich, wenn man die Bauernbewegung in Kwantung sowie die Gegenwirkung von seiten der Gutsbesitzer und der Gentry außer acht läßt. Der soziale Sinn aller nach dem 20. März erfolgten Ereignisse besteht größtenteils in einem allgemeinen Angriff der reaktionären Elemente auf die Bauern.

Die Kantonregierung hat in den zwei Jahren ihrer Tätigkeit noch nicht viel dafür getan, in die unteren Schichten einzudringen, um den unteren Machtapparat umzugestalten, um die Lage der Bauern wirklich zu verbessern.

In der Provinz Kwantung war die Macht in den Gemeinden und Bezirken bis jetzt in den Händen der herrschenden Schicht der Gentry und der Großgrundbesitzer geblieben. Nach wie vor herrscht dort die Pacht- und Wucherwirtschaft. Nach wie vor befinden sich dort die Bauern unter dem Druck der Steuerschraube. In dem Bezirk Tschi Sun-Schan werden von den Bauern bis heute achtzehn verschiedenartige Steuern und Abgaben erhoben. Gerade in dieser Provinz hat das Wachstum der Kräfte der Bauernbünde in erster Linie den Gegenstoß seitens der Reaktion ausgelöst. Die konterrevolutionären Elemente wurden zwar unterdrückt, waren aber nicht endgültig vernichtet. Sie betrieben eine wütende Agitation gegen die Bauernbünde, aber das hat ihnen nichts geholfen. Sie waren ohnmächtig gegen die Bauernschaft, solange sie außerhalb der Kuo-Min-Tang standen. Deshalb begannen sie, der Kuo-Min-Tang beizutreten, um unter dem Deckmantel eines revolutionären Aushängeschildes in deren Reihen Zersetzung hineinzutragen. Gleichzeitig sammelten diese reaktionären Elemente bewaffnete Kräfte und mobilisierten sie zur Niederschlagung der Bauernbewegung. Unter diesen Verhältnissen des verschärften sozialen Kampfes waren die Ereignisse vom 20. März und vor allem der Rücktritt der Regierung Wan Tim-wei, der die Folge der Demonstration vom 20. März war, unabhängig von den subjektiven Wünschen Tschan Kai-schis, Wasser auf die Mühle der Gutsbesitzer und der Gentry dadurch, daß sie in der Provinz die Schleusen der Reaktion öffneten. Die frühere nationale Regierung war unter führender

Beteiligung der linken Kuo-Min-Tang-Mitglieder bemüht gewesen, die Verbindung mit der Bauernschaft zu festigen. Diese Festigung der Verbindung, die nicht ganz herbeigeführt werden konnte, bewegte sich: 1. in der Richtung der Liquidierung des Banditismus, 2. in der Richtung des Erlasses von Dekreten über die Bildung von Bauernorganisationen und 3. in der Richtung der Verteidigung der Bauern im Kampf gegen die Min-Tuan. Diese Versuche des linken Flügels der nationalen Regierung der Kuo-Min-Tang, sich auf die Bauernbewegung zu stützen, haben natürlich eine heftige Unzufriedenheit in erster Linie seitens der Gutsbesitzer und der Gentry hervorgerufen.

Die Lage änderte sich nach den Ereignissen vom 20. März, durch die die linken Mitglieder der Kuo-Min-Tang von der Führung beseitigt worden waren. Der Einfluß der Beamten, der Gentry und der Großgrundbesitzer hatte dadurch eine merkliche Festigung erfahren. Die Stellung dieser reaktionären Elemente wurde stärker.

In dem entbrannten Kampf zwischen den Bauernbünden und den Min-Tuan verhielten sich die in der Provinz gelegenen Truppenteile und die nationale Regierung selbst neutral, was objektiv der Reaktion half, die besser als die Bauernmassen bewaffnet war.

Ende des Sommers 1926 spielten sich einige Dutzend Kilometer von Kanton entfernt überaus bezeichnende Vorgänge ab. Es kam in diesem Bezirk zu einem Kampf zwischen dem Bauernbund und der Min-Tuan aus Anlaß der Frage, wer die aus Kanton erhaltenen zehn Gewehre bekommen soll. Diese Streitigkeiten, die in einen bewaffneten Zusammenstoß übergingen, erfaßten einen ausgedehnten Bezirk. Die Mitglieder der Min-Tuan bereiteten sich auf diesen Kampf nach allen Regeln der Kriegskunst vor. Als Termin für ihren Angriff hatten sie die Jahresfeier der Organisierung des Bauernbundes in einem der Dörfer vorgesehen. Als der Bauernbund den Kreischef um Entsendung militärischer Hilfe ersuchte, erteilte dieser die zynische Antwort: „Ich weiß nicht, wer von euch in diesem Kriege recht hat. Schlagt euch untereinander, und ich werde der Regierung vorschlagen, die einen wie die anderen aufzulösen.“ Als der Kreischef diese Antwort gab, wußte er, daß die Min-Tuan 600 Gewehre, die Bauernabteilung aber nur 100 besaß. Das Ergebnis war, daß von der Min-Tuan zwölf Dörfer niedergebrannt und viele Bauern erschlagen und verwundet wurden. Zu jener Zeit jedoch war in den gesellschaftlichen Stimmungen in Kanton bereits ein neuer Umschwung eingetreten. Die revolutionären Schichten und unter diesen in erster Linie die Militärschüler von Wampu wandten sich entschieden gegen den reaktionären Kurs in der Provinz. Das Zentralkomitee der Kuo-Min-Tang gab durch einen besonderen Beschluß Befehl, den Bauernbünden Truppenteile zu Hilfe zu senden. Es ist ihm aber nicht gelungen, seinen Beschluß sofort in die Tat umzusetzen. Infolge des Widerstandes eines Teils des Militärapparates wurde die Ausführung dieses Beschlusses um eine Woche verschoben. Der Kommandeur des in Kanton stationierten Korps, Li Tsin-sin, weigerte sich, trotz des Beschlusses des ZK der Kuo-Min-Tang (dessen Mitglied er selber ist), den Bauernorganisationen zu Hilfe zu kommen und motivierte das ebenfalls damit, daß er nicht wisse, wer in diesem Kampfe recht habe.

Nehmen wir eine andere Kategorie von Tatsachen. Erstens setzen die örtlichen Behörden (das Haupt des Kantonkreises) überall ihre Leute ein zur Unterstützung der Gentry und der Gutsbesitzer. Die Bauernorganisationen werden in einer Reihe Orte als Verbrecherbanden (Banditen) bezeichnet und unter diesem Vorwand aufgelöst. Der Widerstand der Bauernbünde gegen die Erhebung ungerechter, sie erdrückender Steuern, wird als eine Zersetzung der Etappe betrachtet. Darauf gestützt, erhebt die rechte Gruppe immer lauter den Ruf nach Auflösung der Bauernbünde. Der von uns früher erwähnte Korps-Kommandeur Li Tsin-sin hat sich offen für die Auflösung der Bauernorganisationen ausgesprochen. Der Kommandant des östlichen Bezirks hat bereits einen Befehl erlassen, der die Organisierung von Bauernbünden verbietet. Im Zusammenhang mit der Expedition nach dem Norden werden die militärischen Requisitionsscheine gewaltsam unter die Bauern verteilt. Die Steuern von den Bauern werden auf mehrere Jahre im Vorhinein erhoben, wobei das frühere System der Aufbringung von Mitteln ohne entsprechende Staffelung nach Klassen nach wie vor besteht. Die ganze Last der Steuern zur Finanzierung der Expedition nach dem Norden traf somit die Bauern. Das Herauspumpen von Steuern, die gewaltsame Verteilung der militärischen Requisitionsscheine und die Auflösung der Bauernbünde — all das stärkt die Stellung der Gentry, der Gutsbesitzer und der bestochenen Beamten. All das droht die revolutionäre Bewegung in der Provinz Kwantung weit zurückzuwerfen, die noch nicht gefestigte Verbindung zwischen der Bauernschaft und der nationalen Regierung zu untergraben und eine Bresche zwischen die nationale Regierung und die Bauernschaft zu schlagen. Die Unzufriedenheit der Bauern begann zu wachsen.

Wenn die Bauernschaft von Kwantung auch früher schon immer häufiger und beharrlicher an die Kuo-Min-Tang und ihre nationale Regierung die Forderung richtete, ihre wirtschaftlichen und rechtlichen Bedürfnisse zu befriedigen, so sehen wir nach dem 20. März stellenweise ein Anwachsen des feindseligen Verhaltens der Bauernschaft gegenüber der nationalen Regierung. Und das Charakteristische ist, daß diese Erscheinungen vor allem unter den am revolutionärsten gesinnten Elementen der Bauernschaft des Bezirkes Dun-tsian auftreten, die seinerzeit der nationalen Regierung geholfen haben, mit den konterrevolutionären Truppen fertig zu werden. Darüber müssen wir ganz offen reden, ohne zu versuchen, die sich herausbildende anormale Situation zu beschönigen. Die Kommunisten sind verpflichtet, die der nationalen Revolution von dieser Seite drohende Gefahr zu signalisieren. Gerade diese Erscheinungen liefern uns die Erklärung für die Schwenkung in der Politik der Kuo-Min-Tang, wie sie in den letzten Tagen hervorgetreten ist. Die Gefahr, das Fundament der Bauern für die revolutionäre Befreiungsbewegung zu verlieren, war einer der Hauptfaktoren, der den besseren Teil der Partei der Kuo-Min-Tang veranlaßte, einen Beschluß über die Aenderung der Politik zu fassen und insbesondere auch die Rückkehr des Führers der linken Kuo-Min-Tang, Wau Tin-wei, auf den Posten des Präsidenten der nationalen Regierung zu betreiben.

Unter dem Einfluß der von den Kommunisten eingeleiteten breiten Kampagne wurde der Reaktion in der Provinz der Krieg erklärt. Die Regierung der Provinz Kwantung wurde umgebildet, alle bauernfeindlichen Elemente aus ihr entfernt.

Durch die früher in der Bauernfrage angenommene Resolution hat die Partei Kuo-Min-Tang einen Wechsel unterschrieben, dessen Einlösung nunmehr bevorsteht. In dieser Resolution heißt es, daß „die chinesische nationale Revolution ihrem Wesen nach eine Bauernrevolution ist. Unsere Partei hat zwecks Festigung der Basis der nationalen Revolution vor allem die Bauernschaft zu befreien. Jede politische und wirtschaftliche Bewegung muß die Bauernbewegung zu ihrer Grundlage machen. Die Politik der Partei muß vor allem die Interessen der Bauernschaft selbst berücksichtigen. Die Haltung der Regierung muß sich gleichfalls auf die Interessen der Bauernschaft und ihre Befreiung stützen.“ An die Partei der Kuo-Min-Tang muß daher jetzt die Forderung gerichtet werden, von den Worten zur Tat überzugehen. Es muß die Einlösung der früher gegebenen Versprechen verlangt werden.

Wenn die chinesische nationale Revolution als eine Bauernrevolution qualifiziert wird, so kann sie nur dann erfolgreich sein, wenn dem Proletariat die organisierende Rolle gehört, und wenn die kommunistische Vorhut des chinesischen Proletariats führend an ihr beteiligt ist. In dem jetzigen Moment der Revolution, unter den jetzigen Verhältnissen des akuten Klassenkonfliktes, muß die Kommunistische Partei Chinas restlos eintreten für die Verwirklichung der Unterstützung der Bauernbewegung; sie muß auf die demokratische Umwandlung der Verhältnisse auf dem flachen Lande hinarbeiten und die Ergreifung revolutionärer Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Bauern anstreben. Nur eine solche Politik wird die Garantie dafür bieten, daß die Bauernschaft restlos für die nationale Revolution gewonnen wird. Die Kompliziertheit der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und der Kuo-Min-Tang darf die kommunistische Vorhut des chinesischen Proletariats nicht abhalten, diese Linie durchzuführen und die Bauernbewegung energisch und entschlossen zu unterstützen. Umgekehrt dürfen die chinesischen Kommunisten die *faktisch* auf die Unterdrückung der Bauernbewegung gerichtete Tätigkeit des rechten Flügels der Kuo-Min-Tang nicht verschweigen, sondern müssen sie offen kritisieren. Lenin hat auf dem zweiten Weltkongreß der Komintern ausgeführt, „daß wir, als Kommunisten, die bürgerlichen Freiheitsbewegungen in den Kolonialländern nur in solchen Fällen unterstützen müssen und werden, wo diese Bewegungen wirklich revolutionär sind, und wo ihre Vertreter uns nicht hindern werden, die Bauernschaft und die breiten Massen der Ausgebeuteten im revolutionären Geiste zu erziehen und zu organisieren. Falls diese Bedingungen jedoch nicht gegeben sind, so haben die Kommunisten in diesen Ländern gegen die reformistische Bourgeoisie, der auch die Helden der II. Internationale angehören, zu kämpfen“ (Lenin, Bd. 19, Seite 244).

Welches Aktionsprogramm hat nun die Kommunistische Partei Chinas durchzuführen, um die chinesische Bauernschaft im revolutionären Geiste zu erziehen? Welche Maßnahmen hat sie zu treffen, um die Bauernbewegung zu organisieren? Welches sind die Agrarreformen, auf deren Durchführung sie der nationalen Regierung gegenüber zu bestehen hat?

Es scheint uns, daß die Politik der Kommunistischen Partei Chinas. die einer größeren Gewinnung der Bauernschaft für die revolutionäre Befrei-

ungsbewegung förderlich sein und dazu führen könnte, die Bauernschaft zum Fundament der national-revolutionären Regierung zu machen, im wesentlichen in folgenden Punkten ausgedrückt werden kann:

1. Sofortige Organisierung von Bauernkomitees. Forderung an die nationale Regierung, die Bauernkomitees vollständig und real zu unterstützen, die Min-Tuan (die bewaffneten Abteilungen der Gentry und der Gutsbesitzer) aufzulösen und bei den Bauernkomitees bewaffnete Bauernabteilungen zu organisieren.

Den Bauernkomitees die Aufgabe zu stellen, die erforderlichen revolutionären Maßnahmen zur völligen Demokratisierung der Verhältnisse auf dem flachen Lande durchzuführen.

2. Auf eine höchstmögliche Herabsetzung der Pachtgelder hinarbeiten, ohne (bei der weiteren Entwicklung der allgemein revolutionären Situation in China und bei dem Wachstum der Bauernbewegung) vor der Konfiskation des Großgrundbesitzes und bei Durchführung und Errichtung einer wirklich demokratischen Ordnung vor der Nationalisierung des Grund und Bodens zurückzuschrecken.

3. Die Einführung einer einheitlichen landwirtschaftlichen gestaffelten Steuer fordern; auf weitgehendste Regelung und Herabsetzung der Steuerlast hinarbeiten, die besonders die armen und die vermögensschwachen Teile der Bauernschaft drückt.

4. Sofortige Durchführung der Konfiskation aller den Kirchen und Klöstern, den reaktionären Militaristen, den Agenten des Imperialismus, d. h. den Großgrundbesitzern, den Kompradoren gehörenden Ländereien, sowie der Ländereien derjenigen Gutsbesitzer und Gentry, die den Bürgerkrieg gegen die chinesische Bauernschaft und die nationale Regierung führen.

5. In einzelnen Fällen nicht davor Halt machen, jene Elemente der Gentry, der Notabeln und der Gutsbesitzer auf dem flachen Lande auszuweisen, die den Organisationen der Bauernschaft sowie der Kuo-Min-Tang-Regierung direkten bewaffneten Widerstand leisten.

6. Sofortige Organisierung von Sektionen der Land- und Forstarbeiter bei den Landbünden, zum Zwecke des Schutzes der Arbeit.

7. Von der nationalen Regierung ist zu fordern die Organisierung des Kreditwesens für das flache Land und die Festsetzung eines möglichst niedrigen Zinsfußes für Leihkapital, der den üblichen Zinsfuß der Staatsbank nicht übersteigt; ferner die Unterstützung der entsprechenden Bauernorganisationen für gegenseitige Hilfe.

8. Es ist darauf hinarbeiten, daß die Regierung die landwirtschaftlichen Konsum- und Produktivgenossenschaften höchstmöglich unterstützt, sowie die Uebersiedlung der Bauern in die wenig bevölkerten Bezirke organisiert.

## KARL KILBOM: DIE SOZIALDEMOKRATEN UND DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Das schwedische Bürgertum fängt an, sich wieder stark zu fühlen. Der Kapitalismus ist in Schweden mit seinen Stabilisierungsbestrebungen ziemlich weit gekommen. Der Kampf gegen die Arbeiter gewinnt immer mehr an Schärfe und richtet sich jetzt in erster Linie gegen die Gewerkschaften. Diese will man „unter die Kontrolle der Gesellschaft“ bringen, wie man sich hübsch auszudrücken pflegt. Schon lange sah die Bourgeoisie mit Unwillen, wie die Gewerkschaftsbewegung ununterbrochen neue Anhänger gewann und wie sich die Kampfeslust der Arbeiter ständig steigerte. Sie mußte auch die Zunahme des kommunistischen Einflusses bemerken. Nach ihrer Meinung ist es daher am besten, so schnell wie möglich diese Massenorganisationen der Arbeiterschaft durch die Gesetzgebung in Fesseln zu schlagen, die geeignet sind, nicht nur die Tätigkeit der Gewerkschaften zu erschweren, sondern auch so weit wie nur möglich völlig zu verhindern.

Die Aktion wurde sorgfältig vorbereitet und geht — ganz natürlich — unter Führung der Konservativen vor sich. Es wird erklärt, daß „die Gewerkschaften die wirklichen Trusts“ seien, die nicht nur „tüchtige Arbeiter davon abhalten, Arbeit anzunehmen“, sondern die auch „die Preise aller Gebrauchsartikel emporschrauben“, und die „die gesamte Gesellschaft mit ihren Streiks und Blockaden terrorisieren“. Nach den Erklärungen der Konservativen sind die Löhne der Arbeiter, die für den einheimischen Markt arbeiten, die Ursache dafür, daß die Arbeiter der Exportindustrien so schlecht entlohnt werden, und die Löhne der Bauarbeiter wiederum sind „die eigentliche Ursache der hohen Wohnungsmieten“. Im Kampfe gegen den Normalarbeitstag benutzen die Konservativen das Argument, daß der Achtstundenarbeitstag „die Ursache der großen Arbeitslosigkeit“ war und noch ist. Daraus ergibt sich von selbst die Schlußfolgerung: Je länger die Arbeitszeit, desto geringer die Arbeitslosigkeit; je geringer die Löhne der Bauarbeiter, desto niedriger die Mieten — ganz abgesehen davon, auf welchen Teil der Summen die Hausspekulanten Beschlag legen; eine Senkung der Löhne der Arbeiter für den Binnenmarkt würde unmittelbar die Erhöhung der Löhne der Arbeiter der Exportindustrien zur Folge haben. Es ist ganz natürlich, daß die Bürgerlichen von der Richtigkeit dieser offenkundigen Frechheiten vollkommen überzeugt sind. Einigen von ihnen kam es vielleicht dennoch überraschend, daß sich viele sozialdemokratische Führer dieser Linie anschlossen. Die sozialdemokratischen Führer richteten ihren Angriff in erster Linie gegen die Bauarbeiter. Sie fallen den Arbeitern nicht nur in der Presse, sondern auch in Debatten mit den Bürgerlichen in den Rücken. Die Konservativen haben ihre Absicht erreicht: sie haben nicht nur die schwankenden bürgerlichen Elemente fest zusammengeschweißt in der Forderung der Gesetzgebung gegen die Gewerkschaften, es glückte ihnen auch, dank einem beispiellosen Auftreten der sozialdemokratischen



Führer, die Arbeiterschaft zu spalten. Und so marschiert man jetzt, unter ständigem Trommelfeuer gegen die Gewerkschaften, vorwärts unter der Losung Antistreikgesetzgebung.

Selbstverständlich datiert diese Forderung nicht erst seit gestern. Seit Jahrzehnten wird in Schweden das Streikverbot gefordert. Bis vor einigen Jahren stand aber die Arbeiterklasse derartigen Plänen geschlossen gegenüber. Eine Aenderung darin trat erst mit dem Abmarsch der Sozialdemokratie in das rein bürgerliche Lager ein. Ihre Führer erklären nunmehr, daß sie „keine prinzipiellen Bedenken“ gegen ein Zwangsschiedsgericht, d. h. Streikverbot bei sogenannten Rechtskonflikten haben. Sie nehmen nicht die geringste Rücksicht darauf, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter erklärt haben, entschiedene Gegner jedes Gedankens einer Gesetzgebung gegen die Gewerkschaften zu sein, ganz gleich mit welcherlei Phrasen derartige Vorschläge auch bemäntelt sein mögen. Herr Möller, der Sekretär der Sozialdemokratischen Partei, Per Albin Hansson, der Vorsitzende derselben, und Rikard Sandler, gewesener sozialdemokratischer Premierminister, haben sich bei verschiedenen Anlässen für das Streikverbot ausgesprochen. Sie sind faktisch verantwortlich für die Ereignisse, die die jetzige Regierung sicherlich — wahrscheinlich schon in der nächsten Reichstagsession, die am 1. Januar 1927 beginnt — eintreten lassen wird, indem sie eine Gesetzesvorlage zur Annahme bringen lassen wird, durch die die Arbeiter, die in einen Streik zu treten wagen, auch formell zu Verbrechern gestempelt werden. Es herrscht kein Zweifel darüber, daß eine Vorlage der Antistreikgesetzgebung, falls sie von der jetzigen Regierung dem Reichstag präsentiert wird, zur Annahme gelangt. Die bürgerlichen Parteien sind in der Majorität und fest entschlossen, diese auch zur Geltung zu bringen, um so mehr, da ja die Sozialdemokraten einige Vorarbeit geleistet haben.

Die Vorgängerin der jetzigen, die sozialdemokratische Regierung, setzte zu Anfang dieses Jahres einen Ausschuß ein, der die Möglichkeiten eines sogenannten Arbeitsfriedens untersuchen sollte. Dieser Parlamentsausschuß bestand aus neun Mitgliedern, sechs davon waren Bürger, die restlichen drei reformistische Gewerkschaftler. Der Ausschuß hatte zur Aufgabe, die Voraussetzungen zu einer „Gesetzgebung zur Sicherung des Arbeitsfriedens“ zu untersuchen; er sollte demzufolge die Organisationen der Arbeiterschaft und des Unternehmertums über ihre Stellungnahme zu einer solchen Gesetzgebung befragen. Als ob eine sozialdemokratische Regierung dies nicht auch ohne Einsetzung eines parlamentarischen Komitees wissen sollte! Es wäre doch die einfachste Sache der Welt, darüber in Zweifelsfällen die Führer des Gewerkschaftsbundes zu befragen, die doch auch treugläubige Sozialdemokraten sind. Wenn aber ihrem Urteil kein Glauben geschenkt werden könnte, wäre es doch ganz natürlich, die Arbeiterschaft selbst zu befragen. Das behagte aber den sozialdemokratischen Führern nicht. Sie glaubten, durch ein parlamentarisches Komitee die Bürgerlichen „anführen“ zu können, sie wollten zeigen, was für außerordentlich kluge Taktiker sie seien, indem sie durch eine erneute Untersuchung der Frage „Zeit gewinnen würden“. Außerdem erwarteten die Sozialdemokraten, daß sie wegen dieses Bubenstreiches gegen die Arbeiter die Huld der Bürgerlichen gewinnen würden, damit ihr Kabi-

nett noch weiter am Ruder bleiben konnte. Diese Spekulation erwies sich als unrichtig. Die Bürgerlichen nahmen mit Freude am Komitee teil, sie hatten ja die Mehrheit und konnten die Arbeiter dirigieren, wie es ihnen beliebte. Trotz allen Gefälligkeiten, die seitens der Regierung den reaktionären Interessen erwiesen worden waren, zauderten die kapitalistischen Götter schließlich nicht, das Kabinett an die frische Luft zu setzen.

Die sozialdemokratischen Führer sind die besten Helfershelfer der Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen die Gewerkschaften. Glückt der Anschlag gegen die Gewerkschaftsorganisationen, so wird selbstverständlich der gewerkschaftliche Kampf deshalb nicht aufhören. Aber er wird sehr erschwert sein. Dessen sind sich auch die sozialdemokratischen Führer bewußt. Sie rechnen indessen damit, daß die nächsten Jahre eine solche parlamentarische Lage ergeben werden, derzufolge sie eine Regierung bilden können, die sich auf eine Mehrheit in der Zweiten Kammer stützt, wodurch sie dann auch die Möglichkeit haben würden, mit Hilfe der Staatsmacht zu weit gehende Forderungen und Kämpfe der Arbeiter zu verhindern. Die Interessen der Arbeiter sollen also „reguliert“ werden — zum Schutze und Vorteil der Kapitalisten.

Daß die sozialdemokratischen Führer die Feinde der Gewerkschaftsbewegung sind, geht auch aus anderen Dingen hervor. Sie arbeiten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und auf die erstaunlichste Art an der **S p a l t u n g** derselben. Hierfür ist ein Fall typisch, der sich vor kurzer Zeit im nördlichen Schweden ereignete. Eine Gewerkschaftsabteilung, deren Mitglieder meistens Kommunisten sind, beschloß, eine kleine Summe für die kommunistische Zeitung des Distriktes zu bewilligen. Die wenigen sozialdemokratischen Abteilungsmitglieder beschlossen daraufhin in ihrer Erbitterung, die Abteilung zu spalten, da sie als Minderheit sie nicht leiten konnten. Sie traten aus und bildeten eine — syndikalistische Organisation. Nicht genug damit, **v e r t e i d i g t e n** die führenden Sozialdemokraten im Distrikt wie auch in der sozialdemokratischen Presse des Gebietes **g a n z o f f e n** die Handlungsweise ihrer Parteigenossen. Die Konsequenz hiervon ist, daß die Gewerkschaften der Sozialdemokratischen Partei zu dienen haben; folgen sie nicht dem Willen der sozialdemokratischen Führer, so werden sie einfach **z e r s c h l a g e n**.

Dieses Vorgehen wird von den Sozialdemokraten nicht nur in nationaler Hinsicht, sondern auch international betrieben. Ein deutlicher Beweis hierfür ist die kürzlich in Stockholm abgehaltene Skandinavisch-Baltische Konferenz. Die Konferenz, die bekanntlich auf Order des Herrn Oudegeest vom schwedischen Gewerkschaftsbund einberufen worden war, sollte laut Ankündigung „der Sache der gewerkschaftlichen Einheit“ dienen. Als Teilnehmer sollten erscheinen die Gewerkschaftsverbände von Norwegen, Finnland, Schweden, Dänemark, Estland, Lettland und Litauen. Aus den beiden letztgenannten Ländern wurden aber nicht die Verbände eingeladen, die die Hauptmasse der organisierten Arbeiter repräsentieren, sondern nur die Minoritätsverbände, die aber dafür unter sozialdemokratischer Führung stehen. Die Forderung der schwedischen, norwegischen und finnischen Arbeiter, wonach auch der Gewerkschaftsbund der Sowjetunion zur Teilnahme eingeladen werden solle, wurde mit den jämmerlichsten Ausflüchten

abgelehnt. Einmal wurde erklärt, daß die Konferenz eine „nordische“ sei, das andere Mal war sie wiederum eine „baltische“, und die Russen könnten dazu nicht eingeladen werden, da sie ja die „Gewerkschaftsbewegung gespalten“ haben, wofür aber keinerlei Beweis erbracht werden konnte. Die Arbeiter, die hierfür Belege haben wollten, erhielten keine Antwort.

Was war nun der Zweck dieser Konferenz? Kein anderer als der, die norwegische und finnische gewerkschaftliche Landesvereinigung via Amsterdam dahin zu bringen, gefügiges Werkzeug der sozialdemokratischen Politik zu sein. Der Wille der Arbeiter hat nichts, der der sozialdemokratischen Führer alles zu bedeuten. Durch das Kommando der sozialdemokratischen Führer sollen die Gewerkschaftsorganisationen zur Verteidigung des Kapitalismus bereitgestellt werden.

Parallel mit diesem, für die Kampfeskraft der Gewerkschaftsbewegung schicksalsschweren Vorgehen sind die schwedischen Sozialdemokraten daran, rein parteiorganisatorisch die Gewerkschaften in ihre Hand zu bekommen. Gegenwärtig wird eine lebhaftige Kampagne für den kollektiven Anschluß der Gewerkschaftsabteilungen an die Sozialdemokratische Partei geführt. Dadurch erübrigt es sich für die Anhänger des „arbeitsfreien Einkommens“, eine eigene Organisation aufzubauen. Sie können mit vielen Tausenden von Mitgliedern prahlen, ohne daß sie einen Finger zur Werbung derselben rührten; sie können in ihren Jahresberichten mit der Mitgliederzunahme von vielen Tausenden renommieren, ohne daß sie ein Wort der Werbung für den Anschluß derselben gesprochen haben. Die Sozialdemokraten genießen die Frucht der Arbeit anderer. Genau so wie die kapitalistischen Ausbeuter mit verschränkten Armen sitzen und ihre Arbeit von den Gewerkschaftsführern ausführen lassen. Tausend neue Mitglieder einer Gewerkschaftsabteilung, die der sozialdemokratischen Partei angeschlossen ist, sind gleichzeitig auch tausend neue Mitglieder dieser Partei. Noch mehr: durch den kollektiven Anschluß der Gewerkschaftsabteilungen erhalten die sozialdemokratischen Führer an jährlichen Mitgliedsbeiträgen Zehntausende von Kronen mehr, als wenn sie selbst ihre eigene Organisation aufbauen müßten. Die Arbeiter liefern die Mittel, mit denen sie dann selbst bekämpft und verraten werden.

So sehen wir also, wie die sozialdemokratischen Führer auf allen Gebieten rücksichtslos kämpfen, um für ihre arbeiterfeindlichen Zwecke die Gewerkschaftsbewegung in ihre Gewalt zu bekommen. Mit den schmutzigsten Methoden gehen sie zu Werke, um die Gewerkschaften zu untertänigen Organen zu gestalten, die zur Verteidigung des Kapitalismus benutzt werden können. Während sie großes Einheitsinteresse heucheln, spalten sie eine Gewerkschaftsorganisation nach der anderen und verhindern, daß der Wille der Arbeiter zur Einheit sich durchsetzt. Um so wichtiger ist es unter solchen Verhältnissen, daß die Kommunisten die Arbeit in den Gewerkschaften vervielfachen. Nicht genug damit, daß jeder Kommunist Mitglied in seiner betreffenden Gewerkschaft sein muß, müssen die Kommunisten auch weit aktiver in ihnen werden, als das bis jetzt der Fall war. Es gilt nicht nur die Gewerkschaftsversammlungen zu besuchen und an ihren Verhandlungen teilzunehmen, wir müssen auch auf den Arbeitsstätten an die Spitze des gewerkschaftlichen Kampfes treten und überall unseren Klassengenossen klarmachen, daß die Kommu-

nisten in der Tat ihre Helfer und Führer sind. Ohne Gewinnung der Gewerkschaftsorganisationen, ohne ihre Losreißung aus der erstickenden Umarmung der sozialdemokratischen Führer werden wir niemals die kommunistischen Parteien zu Massenparteien entwickeln, werden wir nie den revolutionären Kampf zum siegreichen Ende führen können. Vielmals ist diese Ermahnung an uns gerichtet worden, am eindringlichsten von Lenin, oftmals noch muß sie erklingen. Kommunisten! Erobert die Gewerkschaften, vertreibt die sozialdemokratischen Verräter!

## M. NIKOLAJEWITSCH: DIE LAGE IN JUGOSLAWIEN

### I.

Es ist der herrschenden serbischen Bourgeoisie gelungen, Jugoslawien — im Vergleich zu den ersten Jahren der Nachkriegszeit — sowohl ökonomisch als auch politisch, in gewissem Maße zu stabilisieren. Die allgemeine Produktion wurde gesteigert, die Handelsbilanz ist aktiv geworden, die Valuta hat sich bedeutend gebessert: das sind die Hauptkennzeichen der relativen Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft Jugoslawiens. Der brutale, Ende 1920 mit dem Aufgebot der ganzen Staatsgewalt durchgeführte Ansturm gegen die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse (die für außerhalb des Gesetzes stehend erklärte KPJ, die Auflösung der Roten Gewerkschaften, die Konfiszierung der Arbeiterheime, der Buchhandlungen, Druckereien, Archive, Kassen, die Verhaftungen von tausenden Arbeitern, die Annullierung der kommunistischen Mandate in den Gemeinderäten wie auch im Parlament, die Verurteilung aller Mitglieder des ZK der KPJ zu zwei Jahren Gefängnis usw.) — war die erste Voraussetzung der kapitalistischen Stabilisierung in Jugoslawien, denn die mit beschleunigtem Tempo wachsende revolutionäre Bewegung stellte nicht nur das größte Hindernis für den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft, sondern auch eine immer stärker drohende Gefahr für die Klassenherrschaft der Bourgeoisie dar. Es galt also, dieses größte Hindernis um jeden Preis wegzuräumen, um den Stabilisierungsprozeß zu ermöglichen. Es erübrigt sich, zu betonen, daß die relative Stabilisierung auch in Jugoslawien nur auf Kosten der werktätigen Massen, nur durch unerhörte Ausbeutung des Proletariats erzielt werden konnte.

Die jugoslawischen Reformisten, die gleich ihren Brüdern in allen anderen Ländern die Vorkämpfer der kapitalistischen Stabilisierung sind, behaupten und verbreiten urbi et orbi, daß Jugoslawien bereits in die Periode der normalen Entwicklung des Kapitalismus eingetreten sei und sich auf dem Wege der vollständigen Konsolidierung befinde. Diese Behauptung entbehrt natürlich jeder objektiven Grundlage. Die Reformisten kommen zu dieser Schlußfolgerung auf Grund der unrichtigen, einseitigen, unmarxistischen Bewertung einiger Stabilisierungserscheinungen in Jugoslawien. Die Reformisten verlieren aus dem Gesichtskreis, daß die kapitalistische Stabilisie-

rung ein dialektischer Prozeß ist: sie sehen nur eine, und zwar positive — vom Standpunkt des Kapitalismus aus — Seite des Prozesses, während sie vollständig blind sind für die andere, negative Seite desselben Prozesses. Darum ist die reformistische Stellungnahme zum Stabilisierungsprozeß eine einseitige, unmarxistische, antidialektische.

Die Hebung der Produktion, die Aktivität der Handelsbilanz, die Besserung der Valuta stellen die Reihe der positiven Elemente, eine Seite der kapitalistischen Stabilisierung in Jugoslawien dar. Auf der anderen Seite aber haben wir eine noch längere Reihe von negativen Elementen zu verzeichnen: die ungelöste Agrarfrage, die ungelöste Nationalitätenfrage, den noch nicht ausbalancierten Staatshaushalt, die noch nicht geregelte Kriegsschuldenfrage, die noch nicht durchgeführte Valutareform usw. Wenn man also die Stabilisierungserscheinungen in Jugoslawien dialektisch analysiert und das spezifische Gewicht aller, sowohl positiven wie negativen Elemente richtig bewertet, so kommt man zur Schlußfolgerung, daß in Jugoslawien n u r von einer relativen Stabilisierung, keineswegs von einer Konsolidierung des Kapitalismus die Rede sein kann.

## II.

Durch den imperialistischen Friedensvertrag von Saint-Germain geschaffen, beruhte Jugoslawien als Nationalitätenstaat seit seiner Entstehung auf einer labilen Grundlage. Die ganze Staatsgewalt befand sich von Anfang an in den Händen der großserbischen Bourgeoisie, des serbischen Militarismus und der serbischen Monarchie. Die rücksichtslose Diktatur dieses Dreibundes hat große Unzufriedenheit in den werktätigen Massen im ganzen Lande, insbesondere in den Massen der nichtserbischen Nationen hervorgerufen. Diese Unzufriedenheit kam zum Ausdruck in der Schaffung und erfolgreichen Entwicklung verschiedener nationalen Massenbewegungen, von denen die kroatische nationale Bewegung unter der Führung der kroatischen republikanischen Bauernpartei mit Raditsch an der Spitze die mächtigste war. Mit der populären Parole des Kampfes für die Freiheit und Unabhängigkeit der kroatischen Republik war es der Raditsch-Partei eine Zeitlang gelungen, fast das ganze kroatische Volk um sich zu sammeln. Die Lage spitzte sich immer mehr zu, als die herrschende serbische Bourgeoisie mit immer größeren Repressalien drohte. Es galt, den offenen Kampf mit der Staatsgewalt aufzunehmen. Dazu aber war die pazifistische Raditsch-Partei völlig ungeeignet, und das kroatische Volk war unvorbereitet, denn mit leeren Phrasen kann man nicht gegen die Bajonette kämpfen. In einer derartigen Situation blieb der Raditsch-Partei nichts anderes übrig, als zu kapitulieren. Und schon im März 1925 gab die unter dem Einfluß und im Dienste des kroatischen Kapitals stehende Führung der Raditsch-Partei im Parlament eine Erklärung ab, die einen vollständigen Umfall der Raditsch-Partei an den Tag brachte. Die Raditsch-Partei sagte sich von allen ihren Prinzipien los, gab ihr republikanisches Programm auf, erkannte die Monarchie und die herrschende Dynastie an und versprach ihre aufrichtige Mitarbeit an der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung des Staates. Kurz darauf trat die Raditsch-Partei in die Regierung ein auf Grund einer Verständigungsplattform, die der kroatischen Bourgeoisie un- zweifelhaft gewisse Vorteile sicherstellt, aber die Interessen der werktätigen

Massen vollständig außer Acht läßt. Auf diese Weise verübte Raditsch einen schändlichen Verrat an den Interessen des kroatischen Volkes.

An diesem kroatischen Beispiel hat sich wiederum gezeigt, daß die Bourgeoisie nicht imstande ist, den nationalen Befreiungskampf bis zu Ende zu führen. Um ihre Klassenherrschaft sicherzustellen, ist die Bourgeoisie immer bereit, die allgemeinen nationalen Interessen zu opfern.

Die Kapitulation der Raditsch-Partei bedeutete einen großen politischen Sieg der herrschenden serbischen Bourgeoisie. Durch die Kapitulation der Raditsch-Partei wurde auch die Basis der reaktionären serbischen Monarchie erweitert und ihre erschütterten Positionen gefestigt. Nach der „Verständigung“ zwischen der serbischen und kroatischen Bourgeoisie ist das Ansehen Jugoslawiens in den Augen aller imperialistischen Mächte gewachsen. Jetzt besitzt Jugoslawien eine viel größere Anziehungskraft für die ausländischen Kapitalien, die sich schon lange nach den jugoslawischen Naturreichtümern sehnen. Die relative politische Stabilisierung Jugoslawiens war die Voraussetzung für die Erteilung der ausländischen langfristigen Kredite und Anleihen, ohne die die jugoslawische Bourgeoisie aus der finanziellen Krise nicht herauskommen konnte.

In der letzten Zeit versucht die serbische Bourgeoisie, die größte Partei in Slovenien (die slovenische Volkspartei) für die Mitarbeit an der Regierung zu gewinnen. Es ist höchstwahrscheinlich, daß die slovenische Volkspartei unter dem wachsenden Drucke der slovenischen Bourgeoisie den Weg zur Verständigung mit der herrschenden Bourgeoisie in Bälde einschlagen wird. Auf diese Weise würde der Konzentrationsprozeß der Bourgeoisie aller wichtigsten Nationen in Jugoslawien vollzogen werden. Der so zustande gebrachte Regierungsblock unter der Hegemonie der serbischen Bourgeoisie würde auch weiterhin die Politik der großen Bourgeoisie durchführen, wobei aber die klassenmäßige Differenzierung innerhalb jeder der regierenden Parteien unvermeidlich beschleunigt werden würde. Die Lage der werktätigen Massen würde sich auch weiterhin verschlechtern: die objektiven Bedingungen für das Bündnis der Arbeiter- und Bauernmassen gegen den Kapitalismus würden sich immer günstiger gestalten.

### III.

Jugoslawien ist in den letzten Jahren zum Schauplatz heftiger Kämpfe zwischen verschiedenen imperialistischen Mächten geworden. Unmittelbar nach dem Kriege war Jugoslawien fest an Frankreich gebunden. Wie Frankreich, war auch Jugoslawien in höchstem Maße an der Erhaltung des durch den Krieg geschaffenen Zustandes in Europa interessiert. Zu diesem Zwecke wurde als ein Organ der Politik des französischen Imperialismus auch die sogenannte Kleine Entente gebildet. Nach einiger Zeit konnte man aber konstatieren, daß der Einfluß Frankreichs in Jugoslawien immer schwächer wurde, während der Einfluß Englands im Wachsen begriffen war. Jugoslawien braucht Geld, Frankreich ist nicht imstande, Anleihen zu geben; dadurch war die Schwenkung Jugoslawiens nach der Linie des anglo-amerikanischen Imperialismus zu erklären. Die mitregierende Raditsch-Partei war seit je eine anglophile Partei, der König, der sowohl an der inneren als auch an der äußeren Politik sehr aktiv teilnimmt, neigte immer mehr zu England.

der Außenminister Nintschitsch, ein Vertrauensmann des Königs, stand unter englischem Einfluß.

Gleichzeitig und gemeinsam mit England tat auch Italien alles, um Frankreich auf dem Balkan zurückzudrängen. Es ist Italien gelungen, einen „Freundschaftspakt“ und eine Reihe von Konventionen mit Jugoslawien abzuschließen, die das Vordringen des italienischen Imperialismus auf dem Balkan sehr erleichtern. Diese Konzessionen an Italien riefen aber große Unzufriedenheit, nicht nur bei der kroatischen und slovenischen Bourgeoisie, die durch diese Konzessionen in erster Linie getroffen wurden, sondern auch des größten Teils der serbischen Bourgeoisie, mit Paschitsch an der Spitze, hervor, der als treuer Diener des französischen Imperialismus auch die serbische öffentliche Meinung gegen die italienische Orientierung der Außenpolitik zu mobilisieren wußte.

Seit Poincaré am Ruder ist, zeigt Frankreich große Aktivität, um seine erschütterten Positionen in Jugoslawien zu festigen, und unterstützt mit allen Mitteln die Aktion von Paschitsch gegen die anglo-italienische Orientierung der jugoslawischen Außenpolitik: der bevorstehende Fall oder Umfall des Außenministers Nintschitsch wird unzweifelhaft einen Sieg des französischen Imperialismus bedeuten.

Im Zusammenhang mit dem vollständigen Bankrott der bisherigen Außenpolitik Jugoslawiens wird auch in einem Teil der bürgerlichen öffentlichen Meinung die Frage der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion lebhaft diskutiert.

#### IV.

Die Arbeiterklasse Jugoslawiens lebt volle sechs Jahre unter dem Drucke des rücksichtslosen weißen Terrors. Die langjährige Offensive des Kapitals hat alle sozialpolitischen Errungenschaften des Klassenkampfes der Nachkriegszeit vernichtet. Die allgemeine Lage der Arbeitermassen ist sehr schwer und wird immer schlimmer, weil die zersplitterte Arbeiterklasse nicht imstande ist, einen erfolgreichen Widerstand zu organisieren.

Die industrielle Krise mit wachsender Arbeitslosigkeit (über 200 000 arbeitslose Proletarier) dauert schon zwei Jahre. Während der Inflationsperiode (bis 1923) hat sich der industrielle Produktionsapparat unter dem Schutze der fast protektionistischen Zollsätze in ziemlich großem Maße ausgedehnt. Die Politik der relativen Stabilisierung der Valuta, die seit dem Jahre 1923 einsetzte, rief im Laufe des Jahres 1924 einen großen Mangel an Zirkulationskapital, eine schwere Kreditkrise hervor. Diese Krise wurde von der Bourgeoisie zur Verstärkung der Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse ausgenutzt. Die Bourgeoisie versucht — durch Herabsetzung der Löhne, durch die Verlängerung der Arbeitszeit, durch Abbau des industriellen Produktionsapparates und Liquidierung des Gesetzes zum Schutze der Arbeiter — einen Ausweg aus der Krise zu finden. Die Bourgeoisie tut alles, um die schwere Last der Krise auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen. Die Sozialistische Partei und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, treu ihrer Politik der Förderung der kapitalistischen Stabilisierung, gehen dem Unternehmertum an die Hand, indem sie z. B. die Lohnreduktion prinzipiell annehmen, unter dem Vorwand, daß die Lebensmittelpreise nach-

gelassen hätten. Dies ist bekanntlich auch die kapitalistische Begründung der Politik der Lohnreduktion. Die Lebensmittelpreise sind tatsächlich etwas zurückgegangen, damit kann aber der Lohnabbau nicht gerechtfertigt werden, weil die Löhne stets weit unter dem Existenzminimum bleiben. Die Reformisten gehen aber noch weiter. Die gewerkschaftliche Bürokratie sabotiert nicht nur alle spontanen Abwehrkämpfe des Proletariats, sondern organisiert und leistet offene Streikbrecherdienste. Diese streikbrecherische Rolle hat die jugoslawischen Reformisten vor den Arbeitermassen vollständig diskreditiert: selbst die reformistischen Arbeiter treten immer öfter und entschlossener gegen die schändlichen Handlungen ihrer Führer auf. Die Unzufriedenheit der reformistischen Arbeiter kommt auch in dem Prozesse der progressiven Auflösung der auch ohnedies schwachen Sozialistischen Partei zum Ausdruck.

Die Unabhängigen Gewerkschaften, die tagtäglich um ihre legale Existenz zu kämpfen haben, machen trotz aller Schwierigkeiten gute Fortschritte. Während die reformistischen Gewerkschaften 28 Prozent der Mitgliedschaft im Laufe der letzten Jahre verloren haben (sie zählen jetzt kaum 20 000 Mitglieder), sind die Unabhängigen Gewerkschaften um 30 Prozent gewachsen (sie zählen jetzt über 20 000 Mitglieder). Der Einfluß der Unabhängigen Gewerkschaften auf die Arbeitermassen übertrifft um ein Vielfaches ihre organisatorische Stärke. Die Unabhängigen Gewerkschaften stehen an der Spitze des Kampfes für die allgemeine gewerkschaftliche Einheit auf der Basis des Klassenkampfes.

Die in volle Illegalität gedrängte KPJ entfaltet, nachdem sie auf dem letzten Parteitag die innere Krise liquidiert hat, ihre revolutionäre Tätigkeit auf immer breiterer Basis, indem sie den Weg zu den Arbeiter- und Bauernmassen sucht, um sie zum endgültigen Kampf gegen den Kapitalismus zu mobilisieren.

## CODOVILLA:

### DIE IMPERIALISTISCHE UNTERDRÜCKUNG IN LATEIN-AMERIKA UND IHRE FOLGEN\*)

#### Die Kolonialmethoden des imperialistischen Vordringens

Das imperialistische Vordringen in den Ländern Südamerikas kann als wirtschaftliche und politische Unterdrückung dieser Länder und als eine wahrhaft koloniale Ausbeutung derselben bezeichnet werden.

Die beiden im Norden Chiles gelegenen Provinzen Tasna und Arica sind Gegenstand der Begehrlichkeit Chiles und Perus. Vom Standpunkt der internationalen Politik im allgemeinen scheint es unverständlich, warum Nordamerika die Lösung dieser Frage zu verhindern trachtet. Diese beiden Provinzen sind an Chile gefallen als Frucht seines Sieges in einem Krieg gegen Bolivien. Doch laut dem Friedensvertrag sollten die beiden Provinzen auf dem Wege der Volksabstimmung über ihre Zugehörigkeit zu einem der beiden Länder entscheiden. Da Chile und Peru sich über die

\* Fortsetzung des Artikels in KI Nr. 13.



Art und Weise dieser Volksabstimmung nicht einigen konnten, riefen sie die Vereinigten Staaten als Schiedsrichter an. Diese aber, anstatt die Volksabstimmung zu fördern, hintertrieben sie mit allen Mitteln: ihre Bestrebungen gingen dahin, diese Gebiete zu neutralisieren und ihrem eigenen Einfluß zu unterwerfen. Vor allem, um dort Petroleumniederlagen zu errichten für die Ausfuhr ihres bolivischen Petroleums nach Europa und nach den anderen südamerikanischen Ländern. Zweitens, um nötigenfalls einen militärischen Stützpunkt gegen die revolutionäre Bewegung in Südamerika und besonders in Chile zu haben. Drittens war es ihr um einen Stützpunkt für den Fall eines Krieges mit Japan oder für den Fall von Konflikten im Stillen Ozean zu tun. Petroleum, Kupfer, Zinn — das ist alles, was die Vereinigten Staaten brauchen, um ihren Einfluß auf dem Kontinent zu festigen und sich eine militärische Basis zu sichern.

Hier sehen wir deutlich, wie der Imperialismus offen vorgeht und die allgemeine Politik dieser Länder beeinflußt. In anderen Fällen übt der Imperialismus auch auf die Interessen bestimmter bürgerlicher Schichten des Landes seinen Druck aus.

Betrachten wir eines der bekanntesten Länder, Argentinien, das zweitgrößte Getreideexportland der Welt. Die Getreideproduktion dieses Landes liegt in den Händen großer englischer und nordamerikanischer Trusts, die zum großen Nachteil der klein- und mittelbäuerlichen Getreideproduzenten den Markt beherrschen. Sie sind es, die die Preise festsetzen, und wenn die Kleinbauern diese Preise nicht annehmen würden, so könnten sie sicher sein, ihre Ernte nicht verkaufen zu können. Man könnte vielleicht die Getreideproduktion in Genossenschaften konzentrieren. Nach der Ernte heißt es aber verkaufen, und da die Genossenschaften keine Vorschüsse geben können, so sind die Bauern, um solche zu erhalten, gezwungen, sich an die Getreide aufkaufenden Trusts zu wenden. Wo ein Landwirt seine Ernte direkt verkaufen könnte, besitzt er nicht genügende Transportmittel (die Eisenbahnen und der Wassertransport sind in den Händen der englischen und amerikanischen Gesellschaften), und wenn er auf die Bedingungen des Trusts nicht eingeht, so mag er Getreide anhäufen, so viel er will, er wird es niemals auf den Markt bringen können. Ein vor kurzem stattgefundenener Kongreß kleiner und großer landwirtschaftlicher Produzenten erhob Protest gegen die wirtschaftliche Unterdrückung durch die großen ausländischen Trusts und verlangte von der Regierung ihre Auflösung sowie die Nationalisierung der Kühlereien und der Eisenbahnen. Unbeschadet dieses Protestes werden die großen Trusts nicht nur nicht aufgelöst, das ausländische Kapital dringt vielmehr mit jedem Tage mehr in das Wirtschaftsleben des Landes ein, indem es die Produktion konzentriert und die kleinen Produzenten ausschaltet. Die großen ausländischen Unternehmer kaufen ausgedehnte Landstrecken für Viehzucht und Ackerbau auf. Dadurch ist es ihnen leicht möglich, künstliche Krisen und Stockungen hervorzurufen und die Preise zu drücken.

Ein anderes Beispiel kolonialer Ausbeutung bietet uns Chile. Die Nitrat-, Kupfer- und Kohlenbergwerke werden auf ganz primitive Weise ausgebeutet. Um die Nitrats zu gewinnen, werden Minen angelegt, die mit Dynamit geladen und mit einer elektrischen Zentrale verbunden werden; mit Hilfe des ausgesendeten Stromes wird die Mine gesprengt. Ein Elektro-

techniker schaltete aus Versehen anstatt des Lichtstromes den Sprengungsstrom ein. Die Mine flog in die Luft, während dort 300 Personen an der Arbeit waren. Die Explosion hatte 100 Opfer zur Folge, darunter mehrere Kinder. Die Gesetze von Chile verbieten die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren, trotzdem arbeiteten in diesem Bergwerk 10- und 12-jährige Kinder. Um nicht einer so schreienden Uebertretung der Gesetze überführt zu werden, wurden die verwundeten Kinder von den Aufsehern gemordet, und als sich darauf im Lande ein Entrüstungsturm erhob, antworteten sie zynisch: „Wir taten es aus Menschenliebe, um die Kinder von ihren Leiden zu erlösen.“

Hinzuzufügen ist, daß die einheimischen Kleinbauern, die von ihrem Grund und Boden vertrieben werden, gezwungen sind, sich unter schwersten Bedingungen an die Betriebe zu verdingen. Sie arbeiten acht bis zehn Stunden täglich für einen wahren Hungerlohn und werden in steigendem Maße von der modernen Betriebstechnik ausgebeutet.

Diese drei Beispiele der wichtigsten Länder veranschaulichen den imperialistischen Vormarsch in Latein-Amerika sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf politischem Gebiet.

### Der imperialistische Vormarsch, die Differenzierung der Klassen und die Radikalisierung der Arbeiter- und Bauernmassen

Der imperialistische Vormarsch spielt eine wichtige Rolle in der Differenzierung der Klassen und in der Radikalisierung der Arbeiter- und Bauernmassen.

In Ländern, wie Venezuela, Bolivien, Kolumbien, Peru, lebten die Bauern ehemals zwar ziemlich primitiv, genossen aber Ruhe und Sicherheit. Sie genossen die Frucht ihrer Arbeit usw. Es bestand keine besondere Gesetzgebung über das Eigentum an Grund und Boden, sie waren eben die natürlichen Besitzer der von ihnen bebauten Aecker und der weiten Strecken, auf denen ihr Vieh weidete. Mit dem fortschreitenden Eindringen des amerikanischen Imperialismus wurden die von den kapitalistischen Konzessionen ihres Grund und Bodens beraubten Bauern zur Lohnarbeit genötigt. Die einen traten in Bergwerke und Industriebetriebe ein, die anderen verdingten sich als Landarbeiter in großen landwirtschaftlichen Betrieben. Mit Rücksicht auf die Betriebsform dieser Unternehmen sind diese neuen proletarischen Schichten im beträchtlichen Maße an ihrem Arbeitsort konzentriert und sind der revolutionären Propaganda leicht zugänglich.

In Argentinien und Chile gibt es infolge der von uns geschilderten industriellen Entwicklung bereits ein qualifiziertes Proletariat und einen Klassenkampf, der in den industriellen Bezirken den gleichen Charakter trägt wie in Europa. Was Brasilien anbetrifft, so ist zwar das Proletariat im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung numerisch nicht stark, ist aber in wenigen Bezirken konzentriert und fällt daher in der latenten kleinbürgerlichen Revolutionsbewegung stark ins Gewicht. In diesen Ländern steht die Technik auf hohem Niveau, die meisten landwirtschaftlichen und industriellen Betriebe haben eine durchaus moderne technische Einrichtung.

Doch ist der Grad der wirtschaftlichen Entwicklung in Latein-Amerika nicht nur in den einzelnen Ländern verschieden, er variiert selbst den

einzelnen Gebieten oder Bezirken nach. In Argentinien z. B., in dem wirtschaftlich vorgeschrittensten Land, sehen wir ein Nebeneinander verschiedenartigster Wirtschaftsformen: die Bezirke von Buenos Aires, Santa Fé, Cordoba, haben eine stark entwickelte Industrie und intensive Landwirtschaft. In großen Städten wie Buenos Aires und Rosario gibt es große moderne Betriebe mit Tausenden von Arbeitern, wie in Europa.

In manchen Bezirken der Provinzen Patagonien, Chaco, Misiones, trägt die Wirtschaft einen halbfeudalen Charakter und die Ausbeutung durch die ausländischen Unternehmen und die Großgrundbesitzer hat dort einen fast kolonialen Charakter.

Im Zentrum des Landes jedoch ist die Lage der in Europa ähnlich. Daher stützt sich auch der nordamerikanische Imperialismus auf die industrielle Bourgeoisie. Hier arbeitet ein Teil der durch den Konzentrationsprozeß verarmten Kleinbourgeoisie als Techniker usw., ein anderer Teil schließt sich dem nordamerikanischen Imperialismus an. In letzter Zeit hat dieser begonnen, sein Kapital auch in landwirtschaftliche Unternehmen zu investieren, wodurch die Konzentration des Grund und Bodens beschleunigt wird. Um dagegen anzukämpfen, verlangt die liberale Bourgeoisie die Aufteilung des Grundbesitzes des Staates sowie des privaten Großgrundbesitzes unter der Bauernschaft, um auf diese Weise eine Schicht kleiner ländlicher Grundbesitzer zu schaffen, auf die sie sich bei der Weiterentwicklung der Industrie stützen könnte.

In Brasilien gibt es noch Gebiete, wie die des Amazonenstromes, die unerforscht sind. Sie sind außerordentlich reich und werden in der Zukunft eine bedeutende Rolle als Rohstoffquellen spielen.

Ein Wort zur Ausbeutung der Bauern. Sie leben in einer tropischen Zone, wo nicht einmal richtige Häuser gebaut werden. Sie leben in Laubhütten und arbeiten den ganzen Tag in der glühenden Sonne. Infektionskrankheiten haben die größte Verbreitung. Die Bauern leben außerhalb jeder Zivilisation. In den Kaffeebezirken sind die menschlichen Ansiedlungen drei bis vier Tagereisen von der nächsten Eisenbahnstation entfernt. Die Polizei der Großgrundbesitzer hat immer das Gewehr zur Hand und schießt bei dem geringsten Anlaß widerspenstige Arbeiter nieder. Die ganzen Verhältnisse sind nichts anderes als unverhüllte Sklaverei.

In Chile sind große Arbeitermassen in den Bergbaubezirken konzentriert. In den Nitrat-, Kupfer- und Kohlenbergwerken sind über 90 000 Arbeiter beschäftigt. Dies sind einheimische Bauern aus den südlichen Provinzen, die von ihrem Grund und Boden vertrieben wurden und nun in den großen ausländischen Unternehmen arbeiten. Dort wohnen sie eng zusammengepfercht, werden aufs brutalste ausgebeutet, so daß in ihnen stets ein revolutionärer Geist gärt. Die ausländischen Unternehmungen sind eine Art von Kolonien, wo die Arbeiter keinerlei Bewegungsfreiheit haben. Die Arbeiter leben in Betriebsbaracken, und sowie ein Streik ausbricht, werden sie von der Betriebspolizei hinausgesetzt, oft in der Zeit der strengsten Kälte, jeder Existenzmöglichkeit beraubt. Jeder Streik führt hier zu Blutvergießen; die Arbeiter wissen das und rüsten im voraus zu einer Abwehr der Unternehmerprovokationen. Ein friedlicher Streik ist hier überhaupt nicht denkbar.

Die Folgen dieses imperialistischen Vormarsches sind somit in einigen Ländern Latein-Amerikas die Entwicklung der Industrie und folglich die Entstehung eines Industrieproletariats, in anderen Ländern — die Konzentration landwirtschaftlicher Unternehmen und die Entstehung eines zahlreichen landwirtschaftlichen Proletariats. Die allgemeine Folge ist — Pauperisierung eines großen Teiles der städtischen und ländlichen Kleinbourgeoisie.

### Entwicklung der revolutionären Bewegung gegen die einheimische und ausländische Bourgeoisie Kampforganisationen

Eine solche Situation ist die Quelle eines latenten Geistes der Empörung gegen die reaktionären Regierungen, die die Interessen des Großgrundbesitzes vertreten und in mehreren Ländern Latein-Amerikas Werkzeuge des Imperialismus sind.

Die soziale Zusammensetzung dieser revolutionären Kraft wechselt je nach der wirtschaftlichen und politischen Lage des Landes. Wo der Imperialismus sich auf die industrielle Bourgeoisie und bestimmte Schichten des städtischen Kleinbürgertums stützt, bildet dieses letztere und ein Teil der Intellektuellen eine mit dem Imperialismus verbündete Kraft. Dort, wo er sich auf den Großgrundbesitz stützt, gehen die revolutionären Elemente aus der Kleinbourgeoisie und den Intellektuellen hervor, die mit dem Proletariat und der Bauernschaft verbündet sind.

Die revolutionäre Entwicklung dieser kämpfenden Kräfte muß in Anlehnung an die von uns angeführten Kategorien der Länder Latein-Amerikas betrachtet werden.

In Zentral-Amerika und in den Antillen erstrebt die latente nationalrevolutionäre Bewegung die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit des Landes gegenüber dem amerikanischen Imperialismus und die Gründung einer Föderation demokratischer Republiken. In ihrem Programm ist auch die Forderung einer Revision der Staatsschulden an Nordamerika und der nordamerikanischen Konzessionen enthalten, sowie die Aufteilung des Großgrundbesitzes, staatliche Unterstützung der Kleinindustrie, die Beteiligung von Bauern und Arbeitern an der Regierung.

Die kürzlichen Revolutionen in Nicaragua, Honduras usw. richteten sich sämtlich gegen die reaktionären Regierungen der Großgrundbesitzer und gegen den nordamerikanischen Imperialismus. In Nicaragua hat das Volk zu den Waffen gegriffen, um den ihm von den Vereinigten Staaten aufgezogenen reaktionären Präsidenten zu verjagen. Hätten nicht die Vereinigten Staaten ihren Schützling durch Militär unterstützt, so würde der Aufstand zweifellos gesiegt haben. Die nationalistischen Parteien dieser Länder bestehen aus Kleinbürgern, Arbeitern und Bauern. Die Arbeiterorganisationen sind meist Unterstützungsvereine, und die reaktionäre Regierung duldet keine anderen Arbeiterorganisationen als diejenigen, die der American Federation of Labor angeschlossen sind. Die kommunistischen Gruppen sind illegal, und es genügt, des Kommunismus verdächtig zu sein, um zu jahrelangen Gefängnisstrafen verurteilt zu werden.

Auch in den Nordgebieten Südamerikas herrscht in der Kleinbourgeoisie, den Arbeiter- und Bauernmassen ein revolutionärer Geist. In Venezuela,

Kolumbien, Bolivien und Peru haben infolge der brutalen Ausbeutung der Großgrundbesitzer und der ausländischen Konzessionäre mehrere Arbeiter- und Bauernaufstände stattgefunden, die aber stets mit der größten Grausamkeit niedergeworfen worden sind. Nach ihren Niederlagen werden den Arbeitern und Bauern stets noch schlimmere Arbeitsbedingungen aufgezungen, wenn sie sich ihnen nicht fügen, werden sie nach anderen Gebieten ausgewiesen, wo sich ihnen fast keine Existenzmöglichkeiten bieten. Trotz der grausamen Reaktion ist eine große Anzahl von Bauern bewaffnet und kampfbereit. Doch handelt es sich nur um kleine zersplitterte Gruppen mit primitiven Bezirksorganisationen, ohne jede Zentralisation. Die Ursache dieser Erscheinung ist darin zu suchen, daß die Bauern früher ihren Grundbesitz gemeinsam, in der Form einer Bodennutzungsgemeinde bebauten. Ihr Streben ist die Wiederherstellung dieser Form der kollektiven Bodennutzung. Diese rückschrittliche Tendenz und der schwache Widerstand der Bauern gegen die Unterdrückung hat zur Folge, daß sie von den agrarischen und industriellen Unternehmen (Bergbau) in immer größerem Umfange von ihren Wohnsitzen und Feldern vertrieben werden. Auch das Kleinbürgertum und die Intellektuellen werden von den Regierungen, die die Interessen des Großgrundbesitzes vertreten, unterdrückt und suchen diesen latenten revolutionären Geist der Bauernmassen für revolutionäre Aufstände und das Erringen der Macht auszunutzen.

In Venezuela hat es bereits zwei oder drei Revolutionsversuche gegeben, und für die nächste Zukunft ist, nach kurzer Pause, ein neuer Versuch der Revolution seitens der Bauern und des Kleinbürgertums zu erwarten.

In allen diesen Ländern wird die kommunistische Bewegung eine immer größere Rolle spielen. Gegenwärtig stehen alle revolutionären Strömungen, ob sie sich nun anarchistisch, syndikalistisch oder sozialistisch nennen, Sowjetrußland freundlich gegenüber. Sie wissen alle, daß die Revolution sich auf wirtschaftlichem Boden vollziehen wird: der Boden — den Bauern, kollektive Arbeit.

Daher suchen die kleinbürgerlichen Führer von Venezuela, obwohl wir dort nur eine kleine kommunistische Gruppe haben, ein Bündnis mit ihr zum Zwecke eines bewaffneten Kampfes gegen die Großgrundbesitzer und machen sich auch einen Teil unseres Programms zueigen.

In Bolivien und Peru sind in letzter Zeit trotz der brutalsten Reaktion revolutionäre kommunistische Gruppen entstanden. Sie wurden zwar sofort aufgelöst, haben aber in den Arbeiter- und Bauernmassen Widerhall gefunden, was ein Beweis des revolutionären Geistes dieser letzteren ist.

Mexiko ist ein wichtiger Faktor, der die revolutionäre Entwicklung dieser Länder außerordentlich erleichtert. Mexiko unterstützt die revolutionäre Bewegung, um seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluß zu erweitern und sich einen Stützpunkt für seinen Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus zu sichern. Nicht umsonst haben die Präsidenten von Nicaragua und Guatemala an den Völkerbund einen Protest gegen die Einmischung der mexikanischen Regierung in ihre inneren Angelegenheiten gerichtet und sie beschuldigt, den Revolutionären Waffen geliefert zu haben.

In Chile gibt es eine revolutionäre Bewegung, die unmittelbar unter kommunistischem Einfluß steht. Gegen 40 Prozent der chilenischen Bevölkerung sind Arbeiter mit Organisationstraditionen. Dank einer sozialen Krise

hat unsere Partei die Möglichkeit, eine wichtige politische Rolle zu spielen. Leider aber hat die Partei, da es ihr an genügender politischer Erziehung fehlte, ihre Rolle einer Klassenpartei mißverstanden und hat sich vom Kleinbürgertum, das den kommunistischen Einfluß auf die Massen für seine eigenen Zwecke ausnützte, täuschen lassen. 1924/25 hat in Chile mit Hilfe der Armee eine kleinbürgerliche Revolution stattgefunden, an der sich auch Arbeiter beteiligten, und das Ergebnis dieser Revolution war die Eroberung der Macht durch die Kleinbourgeoisie unter Beteiligung der Arbeiterorganisationen. Einige Gesetze sozialer Natur wurden beschlossen: Konfiskation von Latifundien, Achtstundentag, Arbeiterversicherung, gewerkschaftliche Kontrolle über den Bergbau, den Transport, den Handel, die Banken und so weiter. Eine Konstituante sollte zusammentreten, um eine Aenderung der Verfassung vorzunehmen und die neuen sozialen Reformen zu kodifizieren. Im Verlaufe des Kampfes glaubten die Massen, getrieben von der demagogischen Politik des Kleinbürgertums, daß bereits die Zeit der entscheidenden sozialen Umwälzung gekommen sei, und rüsteten sich zur Beteiligung an der Konstituante, um ihr deren Klassenstempel aufzudrücken und die Macht zu ergreifen. Ein Teil der Bauern und Studenten schloß sich der Bewegung an, das Kleinbürgertum wurde, angesichts dieser radikalen Gestaltung der Ereignisse, von Panik ergriffen. Der nordamerikanische Imperialismus, der die gegen den Großgrundbesitz, das Werkzeug des englischen Imperialismus gerichtete Bewegung zunächst unterstützte, übte nunmehr auf das Kleinbürgertum einen Druck aus und bedrohte es mit der Entziehung seiner Hilfe, wenn es den Forderungen der Arbeiter nachgeben würde.

Inzwischen kam es zu einer Reihe von Streiks, in denen Teilforderungen aufgestellt wurden. Die Eigentümer der ausländischen Konzessionsbetriebe wurden dadurch aufgebracht und drohten, besonders in der Nitratindustrie, mit der Schließung der Betriebe, wenn die Regierung die Arbeiter nicht bändigen und die Ausfuhrzölle auf Nitrate nicht herabsetzen werde. Die Regierung verstand sich rasch dazu, die Arbeiter, die ihr zur Macht verholfen hatten, niederzuwerfen. Der Generalstreik, der im vorigen Jahre stattfand, lieferte ihr dazu den gewünschten Vorwand.

Während der revolutionären Periode wurde eine ganze Reihe sozialer Gesetze beschlossen, so der Achtstundentag, Arbeitsvermittlung ausschließlich durch die Arbeitsbörsen usw. Doch die ausländischen Unternehmungen weigerten sich, diese Gesetze anzuwenden wie auch die von den Arbeitern verlangten Lohnerhöhungen zu bewilligen, und sie begannen, die Arbeiter, die Forderungen aufstellten, aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Die Arbeiter besetzten darauf die Betriebe und hingen rote Fahnen aus, sie glaubten, daß die Regierung sie schützen und die Betriebe nationalisieren würde. Die Regierung aber schickte Militär, um die Arbeiter aus den Betrieben zu entfernen. Die Verfolgungen waren entsetzlich, über 3000 Arbeiter wurden ermordet, über 1000 in die Verbannung geschickt, viele andere verwundet.

Doch die Bewegung wurde durch diese grausamen Repressivmaßnahmen nicht aus der Welt geschafft. Die Zeit der Reaktion wurde durch eine neue Zeit des revolutionären Aufschwungs abgelöst: die Arbeiterorganisationen entstanden aufs neue, auch die Bauern organisierten sich. Die Angestellten der öffentlichen Betriebe, die Lehrer, die Eisenbahner, die Verkehrsangestellten schlossen sich zu nationalen Verbänden zusammen, an deren

Spitze ein Aktionskomitee für die Leitung spezieller Kampagnen steht. Zweimal im Jahre, am 1. Mai und am 7. November, stockt das ganze Leben des Landes. Gegenwärtig zählen die verschiedenen Organisationen über 100 000 Mitglieder.

Die Kommunistische Partei, hervorgegangen aus der alten Sozialdemokratischen Partei, wächst von Tag zu Tag. Sie arbeitet Hand in Hand mit der „Arbeiterföderation“. Sie verfügt über 4 Tageszeitungen, 2 Zeitschriften und einige Wochenschriften. Die Genossenschaften sind in unseren Händen. Wir haben auch Vertreter in den Gemeindeversammlungen und im Parlament (9 Abgeordnete).

In Ecuador hat im vorigen Jahre ein militärischer Aufstand gegen die Großgrundbesitzer stattgefunden, ähnlich dem in Chile. Dort gibt es auch eine organisierte Arbeiterbewegung. In nächster Zukunft wird wahrscheinlich eine Verschmelzung der Kommunistischen Partei mit der sozialistischen und die Gründung einer Moskau angeschlossenen, einheitlichen Partei stattfinden.

Trotz der großen Bodenschätze, die Brasilien die Zukunft einer industriellen Macht sichern, sind dort noch immer die Großgrundbesitzer am Ruder und hemmen die industrielle Entwicklung. Unter den 32 Millionen Einwohnern gibt es nur 350 000 Industriearbeiter und 9 Millionen Landarbeiter. (1914 gab es nur 200 000 Industriearbeiter, was immerhin von einem bestimmten Fortschritt zeugt.)

Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist 100 000, jedoch besteht keine zentrale, die einzelnen Gewerkschaften zusammenfassende Organisation. Auch gibt es keine Sozialistische Partei. Erst jetzt ist eine kleinbürgerliche Partei im Entstehen begriffen. Die Kommunistische Partei besteht hier bereits seit vier Jahren und hat besonders in den Arbeiterbezirken einigen Einfluß.

In Argentinien ist von allen Ländern Südamerikas die Differenzierung der Klassen am meisten vorgeschritten, und es gibt dort einen proletarischen Klassenkampf gegen die agrarische und industrielle Bourgeoisie, die vollkommen europäischen Charakter hat. Ehemals gab es dort mehrere bürgerliche Parteien, sie sind aber infolge des Konzentrationsprozesses der landwirtschaftlichen und industriellen Betriebe dank dem Vordringen des ausländischen Kapitals von der Bildfläche verschwunden. Gegenwärtig gibt es nur zwei große Parteien, die Radikale Irigoyenistische Partei und die Alykaristische Partei, — Parteien der agrarischen und der industriellen Bourgeoisie. Die erstgenannte steht unter dem Einfluß des nordamerikanischen, die zweite unter dem Einfluß des englischen Imperialismus. Die Sozialistische Partei blickt auf ein 36jähriges Bestehen zurück. Im Jahre 1917 hat der linke Flügel die Partei verlassen und die Kommunistische Partei gebildet. Die Sozialistische Partei schwenkt immer mehr nach rechts ab und wird allmählich zu einer Partei des Kleinbürgertums, das keine bestimmte wirtschaftliche Basis für eine eigene politische Partei besitzt. Andererseits ist die Industrie in zwei oder drei Großstädten konzentriert, die ländlichen Gegenden müssen die in diesen Städten produzierten Industriewaren zu hohen Preisen kaufen, wodurch in manchen Industrien die Möglichkeit ziemlich hoher Löhne geschaffen wird, was zur Herausbildung

einer Arbeiteraristokratie führt. Diese Arbeiteraristokratie ist Anhängerin der Sozialistischen Partei.

Obwohl die Gewerkschaftsbewegung bereits seit 40 Jahren besteht, steht die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten (nur 30 Prozent der gesamten Arbeiterschaft) in keinem Verhältnis zu dem Kampfgeist der Arbeiterklasse. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften weist Schwankungen auf, die zum Teil auf die Reaktion, zum anderen Teil auf die schwache Leitung der Organisationen zurückzuführen sind. Die Gewerkschaftsbewegung macht gegenwärtig eine Krise durch, deren Hauptursachen folgende sind: Stillstand in einigen Industriezweigen, starke europäische Einwanderung, mangelndes Vertrauen gegenüber den Gewerkschaftsführern. Daher ist die Mitgliederzahl der Gewerkschaften erheblich zurückgegangen und beträgt gegenwärtig nur 120 000.

Die Kommunistische Partei entwickelt sich allmählich zu einer Massenpartei mit steigendem Einfluß auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete.

Uruguay lebt im Widerschein des politischen und wirtschaftlichen Lebens Argentiniens. Alles, was in Argentinien vorgeht, wiederholt sich binnen kurzem auch in Uruguay.

Die Lage in Mexiko ist heute der interessanteste Punkt der südamerikanischen Verhältnisse. Wichtige soziale Wandlungen vollziehen sich dort. Die weitere revolutionäre Entwicklung wird davon abhängen, welchen Einfluß die Arbeiterklasse auf sie gewinnen wird. Die Bauernschaft kämpft um den Boden mit größter Energie und konfisziert in manchen Fällen ohne weiteres Grundbesitz.

Die Interessen der revolutionären Bauernschaft sind heute aufs engste mit den Interessen der mexikanischen Bewegung verbunden. Die Bauernschaft anderer südamerikanischer Länder trachtet ebenfalls nach einer Agrarrevolution und wird in diesem Bestreben von der mexikanischen Regierung unterstützt, die ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluß auf die benachbarten Länder erweitern muß, um den Angriffen des Imperialismus standhalten zu können.

Der Präsident Calles hat dies sehr gut verstanden und ladet Arbeiter- und Intellektuellen-Delegationen ein, Mexiko zu besuchen. Die Sozialdemokraten betrachten die mexikanische Regierung als eine Regierung, die sozialistische Prinzipien verwirklicht. Sie sind bestrebt, die Aufmerksamkeit der Arbeiter- und Bauernmassen, die mit der Sowjetunion sympathisieren, von dieser abzulenken, und sagen, wobei sie jedoch offene Angriffe gegen Sowjetrußland vermeiden: „Wir leugnen nicht, daß Sowjetrußland am sozialistischen Aufbau arbeitet, aber schaut doch, wie man in Mexiko ohne Anwendung von Gewalt und Diktatur den Sozialismus verwirklicht.“

Andererseits beginnt auch die American Federation of Labor die große revolutionäre Bedeutung der revolutionären Bewegung der Länder Latein-Amerikas, sowie die Gefahr, die dem amerikanischen Imperialismus daraus erwächst, zu begreifen. Sie sucht die Aufmerksamkeit der Arbeiter vom revolutionären Kampfe abzulenken durch eine Propaganda zugunsten der Pan-Amerikanischen Föderation, die unter ihrem Einfluß steht.



Zu diesem Zwecke wurde eine spezielle Delegation nach den südamerikanischen Ländern ausgesandt: „Das große Industrieland Nordamerikas und die Agrarländer Südamerikas können sich verständigen, zum Wohle der Arbeiterklasse und der Bauernschaft des ganzen amerikanischen Kontinents“ — erklärte diese.

### Der antiimperialistische Kampf der Latein-Amerikanischen Länder und die kapitalistische Stabilisierung

Die Frage der Märkte sowohl für das Finanz- als auch für das Industriekapital ist eine der wichtigsten Fragen der heutigen kapitalistischen Stabilisierung.

Die Statistik zeigt uns die Bedeutung der Länder Latein-Amerikas für die imperialistische Expansion, besonders für den nordamerikanischen Imperialismus.

Dieser letztere versteht sehr wohl, daß die Situation in Europa der Investierung seiner Kapitalien nicht allzu günstig ist, und daß sie in Südamerika mit größerer Sicherheit untergebracht werden können.

Der antiimperialistische Kampf auf dem amerikanischen Kontinent schwächt den Einfluß des amerikanischen Imperialismus und bedeutet dadurch eine Unterstützung der internationalen Revolution.

Die Lage in Südamerika ist einer antiimperialistischen Bewegung überaus günstig. Der ganze Kampf gegen die Großgrundbesitzer ist ein antiimperialistischer Kampf, in dessen Verlauf die Bauern eine große revolutionäre Rolle spielen können, wenn es die Arbeiter verstehen werden, dieses Problem mit der Eroberung des Bodens zu verbinden.

Die Steigerung der revolutionären Bewegung Mexikos, das Erstarken seiner Kommunistischen Partei ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Latein-Amerika. Dieses Land muß zum Mittelpunkt des Kampfes gegen die reaktionären Regierungen der Großgrundbesitzer und gegen den Imperialismus, insbesondere den amerikanischen werden. Die kleinbürgerliche Regierung muß gezwungen werden, das revolutionäre Programm, mit dessen Hilfe es zur Macht gelangt ist, zu verwirklichen. Es müssen auch Kräfte mobilisiert werden, um die Ausführung dieses Programms durch eine Arbeiter- und Bauernregierung sicherzustellen, wenn die kleinbürgerliche Regierung sich als unfähig erweist. Es muß mit allen Mitteln verhindert werden, daß die Kleinbourgeoisie in den Händen des nordamerikanischen Imperialismus und der sich gegenwärtig herausbildenden einheimischen Großbourgeoisie zu einem Werkzeug der Reaktion wird.

In den anderen Ländern muß die Aktivität unserer kommunistischen Parteien verstärkt werden. Die Bauernschaft und das Kleinbürgertum müssen zu einer Partei zusammengeschlossen werden, die auf dem Boden des antiimperialistischen Kampfes steht und in enger Fühlung mit der Kommunistischen Partei ist.

Die „antiimperialistische Liga“ treibt eine ganz abstrakte, allgemein gehaltene Propaganda, ohne vorhergehendes objektives Studium jedes ein-

zelen Landes und der die Interessen der Massen aufs engste berührenden Fragen.

Der antiimperialistische Kampf muß auf den ganzen Kontinent ausgedehnt und in jedem Land mit dem Kampf gegen die reaktionären Regierungen der Großgrundbesitzer verknüpft werden. Die Arbeiter und Bauern dieser Länder sind darauf hinzuweisen, daß sie in der ersten Zeit die revolutionären Bewegungen des Kleinbürgertums und der industriellen Bourgeoisie gegen den Großgrundbesitz unterstützen müssen, daß dies die erste Etappe auf dem Wege zu ihrer eigenen Regierung ist.

Die kommunistischen Parteien Latein-Amerikas müssen, indem sie sich mit den verschiedenen sozialen Schichten verbinden, stets führende Parteien der zur Diktatur strebenden proletarischen Klasse bleiben, ohne jedoch zu versuchen, die geschichtlich notwendigen Etappen der demokratischen Revolution zu überspringen.

Soeben erschien:

W. I. LENIN  
**ÜBER RELIGION**

---

AUS ARTIKELN UND BRIEFEN

Aus dem Inhalt:

Vorwort — Sozialismus und Religion — Ueber das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion — Klassen und Parteien in ihrem Verhältnis zu Religion und Kirche — Ueber die Bedeutung des streitbaren Materialismus — Leo Tolstoi als Spiegel der russischen Revolution — Zwei Briefe Lenins an Gorki — Anmerkungen

Das vorliegende Bändchen enthält eine Reihe Artikel und Briefe Lenins zur religiösen Frage aus den Jahren 1905 bis 1922. Die Artikel sind die eingehendste Darstellung des Verhältnisses der modernen Arbeiterbewegung zur Religion, die wir von einem führenden Marxisten besitzen. Besonders interessant ist ein Artikel über Tolstoi. Hier wird in kurzen Sätzen gesagt, was die anderen in ihren Wälzern nicht sagen. Lenin erklärt geschichtsmaterialistisch die Wurzeln der religiösen Grundidee des Tolstoianertums und legt gleichzeitig die revolutionäre Bedeutung des Bauertums dar. Den Abschluß des Sammelbändchens bilden zwei Briefe Lenins an Maxim Gorki. Ein Bändchen, welches jeder Freidenker lesen sollte.

84 Seiten — Preis 60 Pfennig

---

**VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK**  
WIEN-BERLIN SW 48                      FRIEDRICHSTRASSE 225

# Revolutionäre Gewerkschafts-Literatur

## Bibliothek der Roten Gewerkschafts - Internationale

| Band   | Mark        |
|--|-------------|
| 2: Aufgaben und Taktik der Roten Gewerkschafts-Internationale  | 0,30 (0,20) |
| 5: A. Losowsky: Das Aktionsprogramm der RGI. (II. Auflage)   | 1,00 (0,50) |
| 7: Produktionskontrolle und Betriebsräte . . . . .   | 0,20 (0,10) |
| 11: A. Andrejew: Die russischen Gewerkschaften in den Jahren 1921/22 . . . . .                               | 0,25 (0,15) |
| 14: Z. Leder: Sind die Amsterdamer Gelbe? . . . . .  | 1,20 (0,75) |
| 16: Beschlüsse und Resolutionen des 2. Kongresses der RGI. . . . .   | 0,50 (0,30) |
| 17: Leo Heller: Gewerkschaftliche Bewegung in den Kolonien und Halbkolonien des Ostens . . . . .             | 0,25 (0,15) |
| 18: Die Organisationsfrage auf dem 2. Kongreß der RGI. . . . .   | 0,50 (0,30) |
| 19: Die RGI. und die KI. (2. Kongreß der RGI.) . . . . .   | 0,50 (0,30) |
| 24: G. Atschkanoff: Kampf und Sieg der russischen See- und Binnenschiffer . . . . .                          | 1,00 (0,60) |
| 25: Z. Leder: Der Achtstundentag — Sozialreform oder soziale Revolution? . . . . .                           | 1,00 (0,60) |
| 26: A. Losowsky: Der große Strategie des Klassenkrieges . . . . .  | 0,40 (0,25) |
| 29: M. Rubinstein: Die Konzentration des Kapitals (II. Aufl.)  | 2,00 (0,80) |
| 32: A. Losowsky: Lenin und die Gewerkschaftsbewegung . . . . .   | 0,40 (0,20) |
| A. Losowsky: Die internationale Gewerkschaftsbewegung vor und nach dem Kriege . . . . .                      | 4,00 (2,00) |
| A. Losowsky: Der Kampf für die Einheit der Weltgewerkschaftsbewegung . . . . .                               | 0,40 (0,20) |
| Aluf: Gewerkschaften und Lage der Arbeiterklasse in der USSR. 1921—25 . . . . .                              | 1,00 (0,50) |
| A. Losowsky: Fünf Jahre Rote Gewerkschafts-Internationale Arbeiterbewegung und Revolution in China . . . . . | 0,50 (0,20) |
| A. Losowsky: Paris, Breslau, Scarborough . . . . .   | 1,50 (0,70) |
| A. Losowsky: Nationale und internat. Gewerkschaftseinheit . . . . .  | 0,80 (0,40) |
| O. Waksow: Sieben Tage, die Japan erschütterten (in Halbleinen geb. 2,50 M.) . . . . .                       | 0,80 (0,40) |
| Die Gewerkschaftsarbeit auf dem 14. Parteitag der KPSU. . . . .  | 1,50 (0,80) |
| A. Losowsky: Kommunisten und Gewerkschaften . . . . .  | 1,20 (0,60) |
| M. Selikman u. Georg Schumann: Weltarbeitslosigkeit  | 1,20 (0,60) |
| Protokoll d. IV. Session d. Zentralrates d. RGI. in Moskau 1926  | 2,50 (1,20) |
| A. Losowsky: Warum reisen Arbeiterdelegationen nach Sowjetrußland? . . . . .                                 | 1,20 (0,60) |
| Der Verband der Postangestellten in der Sowjetunion . . . . .  | 1,00 (0,50) |
| A. Losowsky: Die Lehren des Generalstreiks in England . . . . .  | 0,60 (0,30) |
| H. Weiss: Rationalisierung und Arbeiterklasse . . . . .  | 1,00 (0,50) |
| A. L—ss: Der Streik in England und die Arbeiterklasse der Sowjetunion . . . . .                              | 0,60 (0,30) |
| A. Losowsky: Wie kann die Einheit der Gewerkschaftsbewegung hergestellt werden? . . . . .                    | 1,00 (0,50) |
| Dokumente und Reden englischer Arbeiterführer über den Generalstreik . . . . .                               | 2,50 (1,20) |
| A. Losowsky: Der Kongreß der englischen Trade-Unions in Bournemouth . . . . .                                | 0,60 (0,30) |
| A. Losowsky: Das Englisch-Russische Komitee der Einheit  | 0,60 (0,30) |

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen od. direkt durch die Auslieferungsstelle:  
**FÜHRER-VERLAG, BERLIN NW 6, CHARITÉSTR. 7**